

E+Z

Monatliches e-Paper

ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT
AND COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

April 2016

Migration
Flüchtlingskrise
aus historischer
Perspektive

Multilateralismus
Zwei neue Banken
verändern die
IFI-Landschaft

Medizin
Indien ist die
neue „Apotheke
der Welt“



Digitalisierung

Schwerpunkt: Digitalisierung

Eindeutige Wählerausweise

Wahlbetrug war in Nigeria lange an der Tagesordnung. Doch vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr führte das Land erfolgreich digitale Wählerausweise ein, wie die Journalistin **Damilola Oyedele** berichtet. [Seite 14](#)

Smartphone-Journalismus

Mit einem modernen Mobiltelefon lassen sich Video- und Audiodateien schneiden und ein Studio ersetzen. **Ochan Hannington**, der als südsudanesischer Autor im Exil in Uganda lebt, erläutert, welche Chancen es bietet, ohne aufwändige Technik auszukommen. [Seite 16](#)

Online macht mutiger für Kritik

In Mosambik sind Presse- und Meinungsfreiheit in der Verfassung zwar verankert, aber nicht unbedingt Lebenswirklichkeit. Um die offene demokratische Auseinandersetzung voranzutreiben, hat die Digitalaktivistin **Fernanda Lobato** das Portal „Olho do cidadão“ (Auge des Bürgers) gegründet. Im Interview erklärt sie ihr Konzept. [Seite 18](#)

Chancen und Risiken

Digitalisierung kann Entwicklungen fördern, aber auch negative Folgen haben. Die Auseinandersetzung mit dem digitalen Wandel und dessen kompetente Steuerung sind entwicklungspolitische Aufgaben, schreibt **Julia Manske** von der Stiftung Neue Verantwortung in Berlin. [Seite 21](#)

Brücken bauen

Das Zeitalter der intelligenten Maschinen und der Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten, birgt aber auch die Gefahr zunehmender globaler Ungleichheiten. Nötig sind neue, interdisziplinäre Ansätze, denn konventionelle wirtschaftspolitische Konzepte reichen nicht, warnt **Dominik Hartmann** vom MIT Medial Lab. [Seite 25](#)

Energietechnische Kompetenz

Energypedia ist eine interaktive Plattform, die praktische Tipps für Entwicklungsländer bietet. Ähnlich wie bei Wikipedia verfassen die Nutzer die Texte, wie **Lisa Feldmann** von Energypedia ausführt. [Seite 28](#)

Arme blieben außen vor

Die Nutzung digitaler Technologie verbreitet sich in Indien rasant – unterstützt von der Regierung. Millionen von Menschen nutzen Onlinedienste aller Art. Laut Wissenschaftsjournalist **Dinesh C. Sharma** haben die ärmsten Linder davon aber kaum etwas. [Seite 31](#)

Editorial

Jeden mitnehmen

➔ In der digitalen Welt von heute bestellen kenianische Bauern ihr Saatgut übers Smartphone, und indische Dorfkinder lernen Mathe mit Hilfe von Laptops. Intelligente Maschinen nehmen uns die Arbeit ab. Häuser, Arbeitsplätze, Autos und Städte werden immer smarter. Doch die neue digitale Welt hängt die am meisten benachteiligten Menschen weiter ab. Fehlender Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien führt zu wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Benachteiligung – innerhalb einzelner und zwischen verschiedenen Ländern. Das ist die „digitale Kluft“.

In einer Handvoll entwickelter Staaten ist die vierte industrielle Revolution, auch als „Industrie 4.0“ bekannt, bereits im Gange. Sie ist gekennzeichnet durch das Internet der Dinge, in dem Maschinen und Systeme miteinander kommunizieren und Fertigungsprozesse und Handelsketten softwaregesteuert sind. Gleichzeitig arbeiten viele andere Länder noch daran, Zugang zu moderner Technologie für alle bereitzustellen und öffentliche Dienstleistungen auf Computer umzustellen.

Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche, von der industriellen Produktion über die Energieversorgung und das Transportwesen bis hin zu Bildung und Gesundheit. In der Regel werden Technologien und Anwendungen in Industrieländern entwickelt. Diese sollten aber nicht die alleinigen Nutznießer sein. Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sorgen für die weltweite Verbreitung von Informationen und Technologien, und das gehört auch zu den Aufgaben der Entwicklungshilfe. Ziel muss eine nachhaltige und inklusive Nutzung sein. Bildung bezogen auf den Umgang mit Computern und anderer Technik ist ebenfalls wichtig.

Meistens hinken unterentwickelte Länder hinterher. Es gibt aber auch Ausnahmen. So sind zum Beispiel in Kenia und auf den Philippinen sogenannte Innovationszentren entstanden – von Indien und China ganz zu schweigen. Solche Zentren bieten große Chancen für Unternehmer, Forscher und Programmierer und kurbeln die Wirtschaft an. Zudem führen Innovationen dazu, dass Entwicklungsländer bestimmte Technologien überspringen. Manch eine ehemalige digitale Wüste hat sich von jetzt auf gleich ins Informationszeitalter katapultiert. Die Festnetztelefonie ist zum Beispiel nie in den ärmeren Ecken der Welt angekommen. Das gilt sogar für die Hauptstädte mancher Entwicklungsländer. Mobilfunknetze dagegen dringen auch noch in die abgelegensten Dörfer vor – und verbinden sie mit dem Internet. Die Infrastruktur ist schnell, einfach und billig aufgebaut. Selbst wer keinen Stromanschluss hat, kann ein Mobiltelefon nutzen. Das Aufladen geschieht eben woanders.

Das vergleichsweise arme Laos hat 2012 den 4G-Mobilfunkstandard eingeführt, während es im deutlich reicheren und besser entwickelten Nachbarland Thailand bis 2015 dauerte. Und Südkorea ist heute weltweit führend bei der Digitalisierung von Behörden und Verwaltung. Das soll nicht heißen, dass alle Menschen überall die gleichen Möglichkeiten haben. Aber die Beispiele machen deutlich, dass Entwicklung heute weniger linear verläuft als früher und dass die größte Innovation nicht immer dort entsteht, wo man sie erwartet.

Die weltweite Digitalisierung macht das Leben komplexer. Sie verändert Kultur und Kommunikation, wirft Sicherheitsfragen und moralische Zweifel auf. Diejenigen, die sowieso schon marginalisiert sind, werden noch weiter ausgeschlossen. Aufzuhalten ist die Digitalisierung nicht. Umso wichtiger ist es, jeden mitzunehmen.



Katja Dombrowski
ist Redakteurin bei E+Z Entwicklung und
Zusammenarbeit /
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Monitor

Bienen durch Pestizide und Klimawandel vom Aussterben bedroht / Investitionen in Afrika lohnen sich trotz Risiken / Von Boko Haram entführte Frauen werden bei ihrer Heimkehr oft marginalisiert / Laut Experten bleiben die SDGs vielfach zu vage / Heutzutage: Schleier-Debatte in Ägypten / Impressum / Wie der Zivile Friedensdienst gewaltfreies Konfliktmanagement fördert

4

Schwerpunkt: Digitalisierung

Damilola Oyedele

Digitale Technik hat bei den Wahlen 2015 in Nigeria die Demokratie gestärkt

14

Ochan Hannington

Journalisten im Exil kann das Mobiltelefon die Arbeit sichern

16

Interview mit Fernanda Lobato

Die Digitalaktivistin kämpft für Meinungsfreiheit in Mosambik

18

Julia Manske

Entwicklungspolitik muss sich mit digitalem Wandel beschäftigen

21

Simon Unterschütz

Experten arbeiten an digitalen Lösungen für Entwicklungsländer

24

Dominik Hartmann

Neue interdisziplinäre Ansätze zur Überwindung der digitalen Kluft vonnöten

25

Lisa Feldmann

Energypedia bietet Infos über Energiezugang in Entwicklungsländern

28

Dinesh C. Sharma

Fehlende Infrastruktur bremst die Regierungskampagne Digital India aus

31

Tribüne

Stefan Rother

Fachliteratur: Streit über den Flüchtlingsbegriff hat auch Folgen für Betroffene

34

Kathrin Berensmann

Wie zwei neue multilaterale Banken die Entwicklungsfinanzierung verändern

36

Deepak Sapra

Indien ist die Apotheke der Welt

38

Debatte

Kommentare zum Rohstoffpreisverfall, zur politischen Situation in Myanmar, zur versprochenen ODA-Quote und zur verzweifelten Situation der Rohingya / Presseschau zum EU-Türkei-Flüchtlingsdeal / Interview zum Kampf gegen Extremismus in Tunesien

40

Tribüne



Panagiotou/picture-alliance/dpa

Für Freiheit und Entwicklung

Die aktuelle Flüchtlingskrise kann auch als Krise der Flüchtlingspolitik verstanden werden. So vielfältig die Meinungen derzeit sind, so willkürlich erscheinen dem Politikwissenschaftler **Stefan Rother** oft die verwendeten Begriffe. Die Literatur zeigt, dass Begriffe und Politik nicht voneinander zu trennen sind. **Seite 34**

Apotheke der Welt

Indische Pharmaunternehmen versorgen Entwicklungsländer mit erschwinglichen Medikamenten und tragen auch dazu bei, Kosten in reichen Ländern zu dämpfen. **Deepak Sapra** von der Pharmafirma Dr. Reddy's Laboratories ist überzeugt, dass die Branche weiter an Stärke gewinnt. **Seite 38**

Debatte



dem

Glaubwürdigkeit und Kohärenz

Schon seit Jahren fordern Nichtregierungsorganisationen, dass Deutschland 0,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für offizielle Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen. Dabei gehe es nicht nur um Geld, sondern auch um Glaubwürdigkeit sowie die notwendige entwicklungspolitische Kohärenz der gesamten Politik, erklärt der VENRO-Vorsitzende **Bernd Bornhorst**. **Seite 42**

Weltweit bedroht

Bestäuber wie Bienen und Schmetterlinge sind ein entscheidender Faktor für die Welternährung und Ernährungssicherheit. Kleinbauern sind in besonderem Maße auf sie angewiesen. Doch die Bestäuberarten gehen rapide zurück. Dafür verantwortlich sind unter anderem der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft und der Klimawandel.

➔ Immer mehr Bestäuberarten auf der ganzen Welt sind vom Aussterben bedroht. Die Lebensgrundlage von Millionen Menschen steht auf dem Spiel, Nahrungsmittel im Wert von hundert Millionen Dollar sind in Gefahr. Zu diesem Ergebnis kommt eine im

Monitor

Februar veröffentlichte Studie des Weltbiodiversitätsrats (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services – IPBES). Der Bericht zur Lage der Bestäuberarten beruht den Autoren zufolge auf dem aktuellen Forschungsstand und indigenen und lokalen Wissenssystemen.

Bienen sind wichtigste Bestäuber

Die wichtigsten Bestäuber sind Bienen. Es gibt allein mehr als 20 000 Wildbie-

nenarten. Menschen züchten seit tausenden Jahren Honigbienen, aber nur die Westliche Honigbiene (*Apis mellifera*) wird in großem Stil für die kommerzielle Bestäubung von Feldfrüchten und anderen Pflanzen eingesetzt. Weitere Bestäuberarten sind Schmetterlinge, Fliegen, Motten, Wespen, Käfer, Vögel und Fledermäuse.

Fast 90 Prozent aller blühenden Wildpflanzen und mehr als drei Viertel der Nahrungsmittelpflanzen sind zumindest teilweise auf die Bestäubung durch Insekten oder andere Tiere angewiesen. Bestäubte Pflanzen liefern Obst, Gemüse, Samen, Nüsse und Öle, die wiederum zu den Hauptlieferanten von Vitaminen und Mineralien gehören. Außerdem stellen viele von ihnen wichtige Einkommensquellen in Entwicklungsländern dar, zum Beispiel Kaffee und Kakao. Die weltweite Nahrungsmittelproduktion, die von Bestäubern abhängt, hat dem Bericht zufolge einen jährlichen Marktwert von \$ 235 bis \$ 577 Milliarden. In den vergangenen 50 Jahren stieg die von Bestäubern abhängige landwirtschaftliche Produktion um das Dreifache.

Auch Nichtlebensmittelpflanzen sind auf Bestäuber angewiesen. Aus ihnen werden Biotreibstoff wie Raps- und Palmöl, Fasern wie Baumwolle und Kapok, Medizin und Holz sowie Produkte von kulturel-

ler Bedeutung, etwa Musikinstrumente, gewonnen.

Hohe Gefährdungsraten

Die UN-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 16 Prozent der bestäubenden Wirbeltierarten – vor allem Vögel und Fledermäuse – vom Aussterben bedroht sind, Tendenz steigend. Für die meisten bestäubenden Insektenarten liegen keine weltweiten Zahlen vor. Regionale und nationale Erhebungen deuten aber auf hohe Gefährdungsraten hin, insbesondere für Bienen und Schmetterlinge. In vielen Gegenden sind mehr als 40 Prozent der wirbellosen Arten bedroht.

Laut dem stellvertretenden Vorsitzenden von IPBES, Robert Watson, liegt der Rückgang „in erster Linie an veränderter Landnutzung, intensiven landwirtschaftlichen Methoden und Pestizideinsatz, eingewanderten Arten, Krankheiten und Schädlingen und dem Klimawandel“.

Pestizide gefährden Bestäuber dem Bericht zufolge auf der ganzen Welt, auch wenn die Langzeitfolgen noch nicht bekannt seien. Der Klimawandel habe den Lebensraum vieler Hummeln und Schmetterlinge sowie der Pflanzen, die sie bestäuben, verändert. Der Rückgang indigener und lokaler Traditionen in Bezug auf landwirtschaftliche Methoden und den Erhalt vielfältiger Landschaften und Gärten trägt demnach ebenfalls zur Bedrohung der Bestäuberarten bei.

Schutzmöglichkeiten

Die Autoren zeigen eine Reihe von Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern auf. Ein wichtiger Punkt ist die Verbreitung nachhaltiger Landwirtschaft, um die Vielfalt von Agrarlandschaften zu erhalten und Nahrungsmittel ökologisch zu produzieren. Zu den spezifischen Maßnahmen gehören:

- der Erhalt oder die Schaffung vielfältiger Lebensräume für Bestäuber in landwirtschaftlichen und urbanen Gegenden,

In Zahlen

- 20 000 – Anzahl der Wildbienenarten. Auch bestimmte Arten von Schmetterlingen, Motten, Wespen, Käfern, Vögeln, Fledermäusen und anderen Wirbeltieren tragen zur Bestäubung bei.
- 75 % – Weltweiter Anteil der Nahrungsmittelpflanzen, die mindestens teilweise auf Bestäubung angewiesen sind.
- \$ 235 Milliarden – \$ 577 Milliarden – Marktwert der weltweiten Nahrungsmittelproduktion, die von Bestäubern abhängt.
- 300 % – Zunahme der von Bestäubern abhängigen landwirtschaftlichen Produktion in den vergangenen 50 Jahren.
- Fast 90 % – Anteil der blühenden Wildpflanzen, die mindestens teilweise auf Bestäubung angewiesen sind.
- 1,6 Millionen Tonnen – Jährliche Honigproduktion der Westlichen Honigbiene.
- 16,5 % – Anteil der bestäubenden Wirbeltierarten, die weltweit vom Aussterben bedroht sind.
- + 40 % – Anteil der wirbellosen Bestäuberarten – vor allem Bienen und Schmetterlinge – die vom Aussterben bedroht sind.

Quelle: IPBES



Mary Evans Picture Library/picture-alliance

Bienen sind die wichtigsten Bestäuber. Bienenstöcke in Bäumen in Äthiopien.

- der Schutz traditioneller Praktiken und die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern mit fachkundigen Einheimischen,
- Bildung und Erfahrungsaustausch zwischen Landwirten, Wissenschaftlern, Gewerbe, Gemeinden und der Öffentlichkeit,
- verringerter Pestizideinsatz, Verwendung alternativer Mittel der Schädlingsbekämpfung und alternativer Praktiken und Technologien, die zum Beispiel die Abdrift von Pestiziden verhindern, und
- Verbesserung der Bienenhaltung, um Krankheiten in Schach zu halten, und eine bessere Regulierung der kommerziellen Bestäubung.

Nahrungsmittelpflanzen und ihr finanzieller Wert

Das Gros der Nahrungsmittelpflanzen ist auf Bestäuber angewiesen. Zum Beispiel:

Kakaobohnen

- Wert: \$ 5,7 Milliarden pro Jahr
- Abhängigkeit von Bestäubern: total
- Bestäuberarten: Gallmücken, Gniten

Äpfel

- Wert: \$ 33,5 Milliarden pro Jahr
- Abhängigkeit von Bestäubern: hoch
- Bestäuberarten: Honigbiene, Asiatische Honigbiene, Sandbienen, Hummeln, gehörnte Mauerbiene

Mangos

- Weltweiter Wert: \$ 14,8 Milliarden pro Jahr
- Abhängigkeit von Bestäubern: hoch
- Bestäuberarten: Honigbienen, stachellose Bienen, Fliegen, Ameisen, Wespen

Mandeln

- Wert: \$ 3,5 Milliarden pro Jahr
- Abhängigkeit von Bestäubern: hoch
- Bestäuberarten: Westliche Honigbiene, Nordamerikanische Hummel, Gehörnte Mauerbiene

Quelle: IPBES

José Graziano da Silva, Direktor der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), sagte in Reaktion auf den Bericht: „Bestäubungsdienste sind ein ‚landwirtschaftlicher Input‘, der die Pflanzenproduktion sicherstellt. Alle Landwirte, besonders Familien- und kleinbäuerliche Betriebe auf der ganzen Welt, profitieren von diesen Diensten.“ Eine höhere Bestäuberdichte und eine größere Biodiversität wirkten sich direkt positiv auf den Ertrag und damit auch auf die Ernährungssicherheit aus. Daher sei eine Steigerung der Bestäubungsdienste auch wichtig, um die Sustainable Development Goals zu erreichen und Kleinbauern bei der Anpassung an den Klimawandel zu helfen.

Katja Dombrowski

Link

IPBES:

<http://www.ipbes.net/>

Risiken minimieren

Es ist risikoreicher, in Afrika Geschäfte zu machen als in entwickelten Weltregionen. Experten des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft meinen aber, dass die Risiken handhabbar seien und keinen Investor vom Kontinent abschrecken sollten.

➔ Zakiya Serguro ist davon überzeugt, dass es in ganz Afrika viele Geschäftsmöglichkeiten gibt – nicht nur für Großunternehmen, sondern auch für den Mittelstand. Um erfolgreich zu sein, müssen Geschäftsleute aber „ihre Hausaufgaben“ machen, empfiehlt sie. Sie müssten Chancen und Risiken abwägen, meint Zakiya Serguro. Als Leiterin des Johannesburg-Büros der Risikoberatungsagentur Frank Partners ist sie darauf spezialisiert, das Geschäftsumfeld für Unternehmen, Organisationen und Regierungen zu analysieren.

In ihren Augen muss ein Unternehmer die Risiken kennen, um im Wettbewerb zu bestehen. Als die augenscheinlichsten Risiken in Afrika nennt sie:

- politische Instabilität,
- Korruption,
- ausufernde Bürokratie,
- Finanzierung,
- Zahlungsausfall und
- zu hoch angesetzte Preise für das eigene Produkt.

Im Februar veranstaltete der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft seine 5. Managing-Risk-Konferenz in Frankfurt. Auf der Veranstaltung sagte Frau Serguro über Korruption in Afrika: „Es gibt sie definitiv, aber nicht mehr als anderswo in der Welt.“ Ihrer

Ansicht nach liegt der Schlüssel von erfolgreichen Geschäften in Afrika darin, zu verfolgen, wo das Geld hingehet. Kontakte seien dabei entscheidend. Geschäftsleute sollten persönliche Beziehungen in den Ländern aufbauen, in denen sie investieren wollen.

Ausstehende Zahlungen einzufordern könne besonders schwierig sein, sagt sie. Serguro schlägt proaktives Handeln vor: „Wenn Sie Probleme mit Zahlungen haben, sollten Sie Ihre Anwälte dazu bringen, eine Lösung für das Problem zu finden.“ Dafür sei es wieder entscheidend, Partner zu haben, die das Land und seine Kultur sehr gut kennen.

Was Zakiya Serguro in ihrer Liste nicht aufführt, ist das Risiko für westliche Reisende, in Afrika krank oder verletzt zu werden. Viele Geschäftsleute fürchten, dass sie in Afrika im Notfall keine entsprechende Behandlung bekämen. Doch auch dafür gibt es Lösungen: International SOS ist ein Unternehmen, das hauptsächlich Firmen und Geschäftsreisenden Dienstleistungen im medizinischen und im Sicherheitsbereich bietet. International SOS verfügt über Experten vor Ort und bietet Notfallhilfe im Fall schwerer Erkrankungen, Verletzungen durch Unfälle oder Gewaltanwendungen. Das Unternehmen betreibt dazu eigene medizinische Einrichtungen in Regionen mit schlechten Gesundheitssystemen.

International SOS hat eine sogenannte Travel Risk Map 2016 erstellt, die die Länder zeigt, die am gefährlichsten bezüglich Reisesicherheit sind und über schlech-

teste Gesundheitssysteme verfügen. Nicht überraschend gehören Libyen, Niger, Burkina Faso, die Zentralafrikanische Republik, Südsudan, Eritrea und Somalia zu den gefährlichsten Ländern Afrikas.

Laut Matthias Lohn von International SOS ist es in Afrika wahrscheinlicher, einen Autounfall zu haben, als einer gefährlichen Krankheit oder einem Gewaltverbrechen zum Opfer zu fallen. Schlechte Straßen, unzureichend gewartete Autos und eine unverantwortliche Fahrweise sind dafür die Hauptgründe. Auch Terrorismus, vor dem die meisten Reisenden Angst hätten, sei eine viel geringere Gefahr als Klein- und Straßensriminalität. Unser Rat an jeden, der Geschäfte in Afrika machen möchte: „Bereite dich richtig vor!“, erklärt Lohn.

Busani Moyo-Majwabu von der Beratungsagentur Control Risks ist auf Nigeria spezialisiert. Seiner Meinung nach ist das Land immer noch ein Wachstumsmarkt, auch wenn es politische Schwierigkeiten und Sicherheitsrisiken gebe. Eines der größten Probleme sei die Korruption. Präsident Muhammadu Buhari hat angekündigt, diese zu bekämpfen, und hat schon einiges gegen korrupte Politiker getan, sagt Moyo-Majwabu. Er findet diese Entwicklung positiv.

Keine dieser Risiken sollte Unternehmen davon abschrecken, in Nigeria oder anderswo in Afrika zu investieren, findet Stephan Liebing, der Vorsitzende des Afrika-Vereins. Er empfiehlt, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und eine Lösung dafür zu finden. „Dafür brauchen wir Experten als Partner“, sagt er. Zudem spricht er sich für neue Instrumente zum Risikomanagement aus. Regierungen in Industrieländern könnten mit Risikoversicherungen einspringen, so Liebings Idee: „Der Privatsektor braucht mehr staatliche Unterstützung, um Risiken abzufedern.“

Sabine Balk

Mitarbeiter von Imperial Logistics, eine deutsche Logistikfirma, die auch in Südafrika tätig ist.



Links

Travel Risk Map 2016:

<https://www.internationalsos.com/-/media/corporate/files/images/risk-outlook/international-sos-travel-risk-map-2016.pdf?la=en>

German-African Business Association:

<http://www.afrikaverein.de/en/home/>

Zu Hause nicht willkommen

Seit 2012 hat die Terrorgruppe Boko Haram über 2000 Frauen und Schulmädchen aus Dörfern im nördlichen Nigeria entführt. Ihr Schicksal ist düster, selbst wenn sie befreit werden.

➔ Der Terror der Boko-Haram-Islamisten hat in Nordnigeria eine humanitäre Krise ausgelöst. Die Miliz will vor allem die Bildung von Mädchen beenden. Seit 2012 hat Boko Haram über 2000 Frauen und Schulmädchen aus Dörfern im nördlichen Nigeria entführt.

Die verschleppten Frauen und Mädchen werden zu Arbeit oder Heirat gezwungen, versklavt, sexuell missbraucht und vergewaltigt, oft von verschiedenen Männern über Monate und Jahre hinweg. Nur wenigen der Gefangenen gelingt die Flucht.

Dank einer kontinuierlichen Offensive gewinnt die nigerianische Armee nun an Boden, und mehr Frauen und Mädchen können befreit werden. Aber ihre Misere ist damit nicht vorbei. Familien und Nachbarn sind oft misstrauisch gegenüber den befreiten Frauen. Sie bekommen nicht die Unterstützung, die sie bräuchten, um ihre traumatischen Erfahrungen zu überwinden. Hinzu kommt, dass manche der ehemaligen Gefangenen schwanger oder mit Babys zurückkehren.

Laut UN mussten mehr als 2,5 Millionen Nigerianer vor den islamistischen Terroristen aus ihren Wohnorten fliehen. Die meisten sind heute intern Vertriebene (internally displaced persons – IDPs). International Alert und UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) haben im Bundesstaat Borno in Nordost-Nigeria, wo ungefähr 95 % der IDPs leben, eine Studie darüber durchgeführt, wie Behörden und Gemeinschaften mit Exgefangenen und deren Kindern umgehen. Im jüngst veröffentlichten Bericht steht: „Viele werden marginalisiert, diskriminiert und aufgrund sozialer und kultureller Normen bezüglich sexueller Gewalt von Familie und Gemeinschaft verstoßen.“

Vor allem Kinder, die das Resultat einer Vergewaltigung sind, werden verachtet. Es heißt, sie seien vom „schlechten Blut“ ihrer militanten Väter verseucht. Hinzu kommt



Junge Mutter in Nord-Nigeria.

Osodi Emmanuel/Unair

die Angst vor Hexerei. Laut Studie glauben viele Menschen, dass diese Kinder die nächste Generation von Kämpfern bilden werden, „weil sie die Gewaltbereitschaft ihrer biologischen Vätern geerbt“ hätten.

Manche Leute befürchten auch, Frauen und Mädchen hätten sich „in der Gefangenschaft radikalisiert“. Die Autoren weisen darauf hin, dass die Exklusion dieser Frauen und Mädchen sowie ihrer Kinder und ungeborenen Babys „im Kontext der fortlaufenden Kämpfe“ steht.

Einzelne Familien handeln hingegen mit mehr Verständnis. Viele Ehemänner nehmen ihre Frauen wieder auf – vor allem wenn sie vor der Entführung schon Kinder mit ihnen gehabt haben. Dann werden oft sogar Kinder akzeptiert, die Frucht einer Vergewaltigung sind. Die Fälle von jungen Mädchen sind komplizierter, da eine Schwangerschaft ihre Chancen auf Heirat mindert und sie zu einer finanziellen Last für die Familien macht. Die Mehrheit der Frauen und Mädchen, die für diesen Bericht interviewt wurden, wollte ihre Kinder behalten. Verantwortliche im Dorf äußerten dagegen Furcht vor der Spaltung der Gemeinschaft.

UNICEF und International Alert weisen darauf hin, dass die befreiten Frauen

und Mädchen höchst verwundbar sind. Sie benötigen bessere Unterstützung seitens der nigerianischen Regierung und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der Report benennt eine „große Schutz- und Versorgungslücke für diese Frauen und Kinder“.

Manche staatlichen Maßnahmen wurden 2015 beendet. Das galt unter anderem für eine Rehabilitationsklinik mit medizinischer und psychologischer Behandlung für posttraumatische Belastungsstörung sowie für die Förderung von „De-Radikalisierung“, Bildung und Unterhalt.

Bisher ist nur eine Minderheit der Entführten freigekommen. Die Probleme werden wachsen, wenn mehr von ihnen heimkehren. Um die Risiken der Zurückweisung, Stigmatisierung und Gewalt ihnen gegenüber zu minimieren, fordern UNICEF und International Alert internationale Organisationen und die nigerianische Regierung auf, „die Rückkehr der Überlebenden in ihre Dörfer“ vorzubereiten.

Sheila Mysorekar

Link

UNICEF Report: 'Bad Blood': Perceptions of children born of conflict-related sexual violence and women and girls associated with Boko Haram in northeast Nigeria.

http://www.international-alert.org/sites/default/files/Nigeria_BadBlood_EN_2016.pdf

Ehrgeizige Minimalziele

Die Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 sind vielfach ambitionierter als die Millenniums-entwicklungsziele (MDGs). Darüber sind sich Experten einig, kritisieren aber auch, dass die SDGs zum größten Teil vage bleiben – eine Folge von Kompromissen im Zuge der Verhandlungen. Daher seien die SDGs letztlich Minimalziele.

→ Terre des hommes und das Global Policy Forum setzen sich in einem Bericht kritisch mit den SDGs auseinander. Die Autoren Wolfgang Obenland und Jens Martens geben einen Überblick über die Entstehungsgeschichte der Agenda 2030 und betrachten die darin enthaltenen 17 Sustainable Development Goals. Diese basieren auf den acht MDGs, in deren Mittelpunkt der Kampf gegen Armut, Hunger und Krankheit stand. Doch die MDGs „boten keine Antworten auf die veränderten globalen Rahmenbedingungen und die verschärften ökologischen und ökonomischen Probleme“, urteilen Martens und Obenland.

Bei den SDGs seien die neuen Rahmenbedingungen nun berücksichtigt worden. Diese sind:

- das Erstarken von Schwellenländern wie Indien, China und Brasilien,
- das Wachsen der Kluft zwischen Arm und Reich sowohl zwischen Ländern als auch innerhalb von Ländern,
- die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008–2009,
- ökologische Probleme wie Klimawandel und Artensterben,
- demografische Probleme sowie
- eine neue Phase der Hochrüstung in der Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001.

Demzufolge stellt die Agenda 2030 nach Ansicht Obenlands und Martens' einen „Paradigmenwechsel“ dar: In ihr seien alle Länder der Welt mit Blick auf das Ziel eines zukunftsgerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems faktisch zu Entwicklungsländern gemacht worden. Erstmals sind in der Agenda 2030 die Sicherung des Friedens und die internationale Zusammenarbeit als Entwicklungsziele definiert. Neu ist auch die Definition von Armut: Sie



Krüger/Lineair

Öffentlich-private Partnerschaften können Kleinbauern schaden: Frau mit Reissaatgut in Kerala, Indien.

soll nach ihren jeweiligen nationalen Definitionen bekämpft werden – es geht also auch um die Armut in reichen Ländern wie Deutschland.

Dass die meisten SDGs deutlich ambitionierter als die MDGs seien, machen die Autoren am Beispiel Hunger fest: Nach den MDGs sollte die Zahl der Hungernden binnen 15 Jahren halbiert werden. In den SDGs wird das Ziel genannt, binnen 15 Jahren Hunger und alle Formen von Fehlernährung zu beenden. Dazu gehört auch der Kampf gegen Fettleibigkeit in Industrieländern.

„Bemerkenswert“ sei, dass die Reduzierung von Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern als eigenständiges Ziel aufgenommen wurde (SDG 10), finden die Autoren. Den MDGs habe man „zu Recht ökologische Blindheit vorgeworfen“, auf die SDGs treffe das nicht zu. Umweltschutz und nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen seien darin verankert. Ein weiterer Fortschritt sei, dass die SDGs nicht nur die Ziele

definieren, sondern auch die Mittel, die zu ihrer Umsetzung nötig sind. Mit SDG 17 gibt es einen eigenen Punkt zur Finanzierung und Überprüfung der Nachhaltigkeitsziele.

Als problematisch heben die Autoren hervor, dass einige Ziele in Widerspruch zueinander stehen. So sieht SDG 7 die Versorgung aller Menschen mit bezahlbarer und verlässlicher Energie vor. Bezahlbare Energie ist aber oft fossile Energie, steht also im Widerspruch zu SDG 13 (Bekämpfung des Klimawandels).

Auch bei SDG 8 (Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit für alle) bestehe ein Spannungsverhältnis zwischen ökologischen und Wachstumszielen. Die Agenda gebe keine Antwort auf die Frage, wie Entwicklungsländer ihr Wachstum steigern sollen, ohne die ökologischen Rahmenbedingungen zu verschlechtern. Die SDGs seien also „keineswegs aus einem Guss“.

Kritisch sehen Obenland und Martens auch öffentlich-private Partnerschaften (PPPs), die eine zunehmend wichtige Rolle bei der Entwicklungsfinanzierung spielen sollen. Am Beispiel des SDG 2 (Ernährung sichern) erörtern sie die Problematik, den Schutz der genetischen Vielfalt von Saatgut mit PPPs in Einklang zu bringen. Durch PPPs werde die Marktmacht der Saatgutkonzerne gestärkt. Diese behinderten Bauern aber dabei, Saatgut frei zu teilen, zu verkaufen oder zu tauschen.

Auch für Deutschland sehen die Autoren in mehreren Bereichen Handlungsbedarf, etwa bei der Reduzierung der sozialen Ungleichheit im Bereich Bildung (SDG 4), bei der Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich (SDG 1) sowie bei ökologischen Zielen. Um die politische Umsetzung zu verbessern, müssten nach Ansicht der Autoren alle Politikbereiche eingebunden werden und nicht nur wie bisher Umwelt- und Entwicklungsministerium.

Susanne Sawadogo

Link

Die 2030-Agenda: Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_online.pdf

Heutzutage: Schleierdebatten auf Facebook

Bekleidungsregeln für Frauen sind nicht nur eine Frage der Mode. In Ägypten tobt eine religiöse und kulturelle Debatte über Frauenkleidung, vor allem über das Tragen des Schleiers (hijab).

In den 1970er Jahren bedeckten junge Frauen weder Arme oder Beine noch ihre Haare. Zwei Jahrzehnte später fordern dieselben Frauen nun ihre Töchter auf, den Hijab zu tragen, der zum Symbol einer guten Muslimin geworden ist. In anderen Worten: sich zu verschleiern ist nicht mehr eine persönliche Wahl; es ist inzwischen eine islamische Kleiderordnung, die von der Gemeinschaft getragen wird. In ägyptischen Städten gibt es jedoch einen neuen Trend – die junge Generation stellt populäre soziale und religiöse Überzeu-

gungen in Frage, so auch die religiöse Notwendigkeit, einen Schleier zu tragen. Sie empfehlen, ihn abzulegen. Viele Frauen teilen ihre Erfahrungen mit dem Hijab auf Facebook-Gruppen. Die meisten von ihnen gehören zur urbanen Mittel- und Oberschicht. Sie argumentieren, dass sie „ihre Schönheit zeigen“ wollen. Auch wenn sie nur wenige sind, verglichen mit den Millionen verschleierter Frauen in Ägypten, so betrachten die Befürworter des Schleiers diesen Trend als Bedrohung religiöser Normen.

Im August 2014 eröffnete eine junge Frau namens Manal Rostom eine Facebook-Gruppe, um Frauen in ihrer religiösen Überzeugung für den Hijab zu unterstützen, genannt „Surviving



Hijab“ (den Schleier überleben). Sie gibt zu, dass ihr es „jeden Tag schwerer fällt, den Schleier aufzubehalten“, vor allem, wenn „gläubige Mädchen ihn abnehmen“. Trotzdem bleibt sie weiter bei dieser religiösen Norm.

Ihre Online-Gruppe hat inzwischen mehr als 49 000 Mitglieder. Sie posten Bilder zu Hijab-Mode und schreiben, dass sie auch mit Schleier das Leben genießen und ihn nicht missen mögen. „Ich trage Hijab, weil ich Gott liebe“, postete eine Frau. „Meine Liebe zu Gott ist stärker als mein Wunsch, schön auszusehen. Gott liebt Bescheidenheit.“

Diese Facebook-Gruppe ist auch offen für „Nichtverschleierte“. Eine Frau kommentiert, den Schleier abzulegen könne als „normale Reaktion nach Jahren der Unterdrückung“ angesehen werden. Frauen sollten „allein darüber entscheiden.“

Das Tragen des Hijab hat viele Gründe. Manche meinen, sie befolgen Allahs Befehl, ihren Körper zu bedecken; für viele ungebildete Frauen ist es ein Schutz vor einem „schlechten Ruf“. Soziologen weisen darauf hin, dass der Schleier keine religiöse Pflicht, sondern ein traditioneller Brauch in Ägypten sei.

Der säkulare Politiker Bahaa Anwar sagt: „Der Schleier ist im Islam nicht bindend und wird von Klerikern dazu benutzt, Frauen zu kontrollieren. Ein Stück Stoff kann nichts darüber aussagen, wie religiös eine Frau ist.“ Psychologieprofessor Rashad Abdel Latif verbindet den Widerstand gegen den Schleier mit der Zunahme des Atheismus, als Antwort auf die einjährige Herrschaft der Moslembrüderschaft in Ägypten und seine strikte Auslegung des Islams.

In der Kolumne „Heutzutage“ erzählen Korrespondenten aus Entwicklungsländern vom Alltag in ihrer Heimat.

Basma El-Mahdy

ist eine Printjournalistin mit dem Schwerpunkt auf Menschenrechtsthemen.

Sie lebt in Kairo, Ägypten.

basmaelmahdy@gmail.com



Impressum

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit
57. Jg. 2016
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
ISSN 2366-7249

Herausgeberin:
ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen



E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis,

Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsreiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
<http://www.engagement-global.de>

Beirat:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

Verlag:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Geschäftsführer:
Oliver Rohloff

Anschrift von Verlag und Redaktion:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

Redaktion:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Katja Dombrowski, Sabine Balk, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth, Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66,
Fax (0 69) 75 01-48 55,
euz.editor@fs-medien.de

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

Grafik und Layout: Jan Walter Hofmann

Übersetzung:
Eleonore von Bothmer, Carola Torti

Anzeigen, Abonnements und Vertrieb:
Klaus Hofmann (verantwortlich)
Tel. (0 69) 75 01-48 27
Fax (0 69) 75 01-45 02
zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de

Druck:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

Bezugspreise für Druckausgabe:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Langfristige Lösungen

In vielen Gegenden nehmen Konflikte und Kriege zu. Doch dem Versuch, diese durch militärische Interventionen zu beenden, folgt oft noch mehr Gewalt. Umso wichtiger ist eine gewaltfreie Lösung, die bei den Konfliktursachen ansetzt.

➔ Frieden kann nicht über Nacht entstehen, und er kann auch nicht von außen aufgezwungen werden. Lokale Kräfte müssen Konflikte selbst lösen. Nur durch Dialog und Verständigung können Konfliktursachen analysiert und behoben, und so das Fundament für eine friedliche Zukunft gelegt werden. Diese langfristigen Friedensprozesse weltweit zu unterstützen und zu fördern, ist die Aufgabe des deutschen Zivilen Friedensdiensts (ZFD). Der ZFD ist ein Zusammenschluss mehrerer entwicklungs- und friedenspolitischer Organisationen. Das Programm wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über Engagement Global finanziell unterstützt.

Die vom ZFD entsandten Fachkräfte arbeiten vor Ort, gemeinsam mit Partnern aus der Zivilgesellschaft und mit staatlichen Akteuren, und sie stützen sich dabei nach Möglichkeit auf vorhandene Strukturen und traditionelle Methoden des Konfliktmanagements. Wie die Arbeit konkret aussieht, zeigt ein aktuelles Lesebuch des ZFD. In 14 beispielhaften Berichten aus 13 Ländern und 4 Kontinenten geben die Akteure einen Einblick in ihre Arbeit.

Ein Programm in Bosnien-Herzegowina zum Beispiel arbeitete mit Kriegsveteranen zusammen, um Jugendliche für Krieg und Frieden zu sensibilisieren. Die Idee entstand in einem Trauma-Zentrum in Serbien, dessen Aufbau der ZFD unterstützte. Im Gespräch mit Kriegsveteranen, die die extreme Gewalt des Krieges schildern, ändern Jugendliche oft ihre Einstellung zu Krieg und Gewalt. Bei vielen Veteranen wuchs nach Überwindung der Traumata das Bedürfnis nach Versöhnung und persönlichem Engagement für den Frieden. Für viele Jugendliche hingegen war durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit sowie durch ethnische Spannungen Gewalt zum Alltag geworden. Die Erfah-

rungen der Veteranen motivieren sie dagegen, sich für ein friedlicheres Miteinander einzusetzen. Das erfolgreiche Veteranen-Programm soll Schritt für Schritt ausgebaut und auch in Nachbarländern aufgegriffen werden.

In Ruanda ist die Gesellschaft auch mehr als 20 Jahre nach dem Genozid der Hutu-Mehrheit an der Tutsi-Minderheit von Gewalterfahrung geprägt. Gegensei-

chisch krank. Dem John Paul II Justice and Peace Centre (JPIIPC) gelang es, mit Unterstützung des ZFD in einer Sensibilisierungskampagne die Öffentlichkeit für die oft grausamen Lebensbedingungen von psychisch Kranken zu sensibilisieren.

Das JPIIPC weckte das Bewusstsein dafür, dass psychisch Kranke qualifizierte Behandlung brauchen, aber allzu oft nicht bekommen. Erkrankte werden oft von



Jugendliche Radiomacher in Ruanda.

tiges Misstrauen und ungelöste Konflikte bilden den Nährboden für weitere Konflikte. Nachkommen von Tätern werden noch immer stigmatisiert. Der ZFD arbeitet grenzübergreifend in der Große-Seen-Region in den Bereichen Trauma-Arbeit und Vergangenheitsbewältigung, Dialogförderung und gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Dabei unterstützt er auch die Arbeit der Jugendmedienorganisation Ejo! Youth Echo (EYE), die seit 2008 eine grenzübergreifende Radiosendung für junge Menschen in Ruanda, Kongo und Burundi produziert. Darin kommen alle betroffenen Gruppen zu Wort. So werden Vorurteile abgebaut und ein friedliches Miteinander gefördert.

Eine ganz andere Art der Konfliktbearbeitung bietet eine Advocacy-Kampagne aus Uganda. Während des 20-jährigen Bürgerkriegs kam es zu schwersten Menschenrechtsverletzungen und Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung, viele Menschen sind traumatisiert und psy-

überforderten Familien verstoßen, leben allein auf der Straße und psychisch kranke Frauen werden vergewaltigt. Andere werden in Gefängnisse eingesperrt oder von ihren Familien eingeschlossen oder angebanden. Die Kampagne konnte die Öffentlichkeit aufrütteln und so zu mehr Akzeptanz für psychisch Kranke in der Gesellschaft beitragen.

Weitere Beispiele aus Palästina, Guatemala, Kenia, Bolivien, Sierra Leone, Kolumbien, Philippinen, Mexiko und Burundi zeigen, dass Frieden gemeinsam und mit gewaltfreien Mitteln machbar ist.

Dagmar Wolf

Links

ZFD, 2016: Ein Lesebuch des Zivilen Friedensdienstes. Bericht, Artikel und Dokumente 2014/2015.

<https://www.ziviler-friedensdienst.org/sites/ziviler-friedensdienst.org/files/anhang/material/zfd-zfd-lesebuch-neuerscheinung-2016-2946.pdf>

Ziviler Friedensdienst:

<http://www.ziviler-friedensdienst.org>



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

D+C Development and Cooperation

77.874 „Gefällt mir“-Angaben

D+C D+C Development and Cooperation
2 Std. · 🌐

NOWADAYS:
19-year old Ethel Elephat dropped out of primary school in 2010 because she could not afford school fees. She had lost both parents, and her only option for survival was getting married. But then two village women from the Participatory Development Initiatives (PDI) NGO approached her - and her life changed.

Bringing girls back to school
Malawi's civil-society organisations help to keep girls from dropping out of school

DANDC.EU

👍 Gefällt mir 💬 Kommentieren ➦ Teilen





Digitalisierung

Buddhistischer Mönch mit Handy in der abgelegenen kambodschanischen Provinz Ratanakiri.

Die Digitalisierung ist ein weltweites Phänomen. Sie betrifft alle Lebensbereiche, von der industriellen Produktion über die Energieversorgung und das Transportwesen bis hin zu Politik, Bildung und Gesundheit. Moderne digitale Technologien und Anwendungen bieten viele Möglichkeiten – nicht nur in den am weitesten entwickelten Ländern. Doch die digitale Kluft ist ein Problem, und sie wächst sogar – sowohl innerhalb einzelner als auch zwischen verschiedenen Ländern. Die am meisten benachteiligten Menschen werden weiter abgehängt, da sie keinen Zugang zu digitalen Geräten, Infrastruktur und Know-how haben.

Digitale Wählerausweise schützen vor Betrug

Wahlbetrug war in Nigeria lange an der Tagesordnung. Doch vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr führte das Land digitale Wählerausweise ein. Sie stellen sicher, dass jeder Wähler nur einmal registriert ist, und schützen gegen Betrug. Die neue Technologie muss jedoch noch einige Hürden nehmen.

Von **Damilola Oyedele**

➔ Nigerias Wähler waren daran gewöhnt, dass Urnengänge von Gewalt und Manipulationen begleitet waren. Mächtige Politiker ließen leere Wahlurnen entwenden und heimlich mit ausgefüllten Wahlzetteln bestücken. Dann sorgten sie mit Hilfe korrupter Wahlhelfer dafür, dass die Stimmen in den geklauten Wahlurnen nicht etwa gestrichen, sondern mitgezählt wurden.

So geschah es zum Beispiel bei den Wahlen 2003 und 2007. 2007 gilt sogar als undemokratischster Urnengang in der Geschichte des Landes. Wahlmüdigkeit griff um sich: Die Menschen verloren zunehmend das Interesse, weil sie das Gefühl hatten, mit ihrer Stimme sowieso nichts ausrichten zu können. Das Wahlsystem musste dringend mehr Vertrauen gewinnen.

Mitte 2014 wurde bekannt, dass die nigerianische Wahlkommission (Independent National Electoral Commission – INEC) für die Wahl im Jahr 2015 digitale Wählerausweise und elektronische Kartenlesegeräte einführen wollte.

Auf den Wählerausweisen sind die Daten der Inhaber inklusive biometrischer Daten wie Fingerabdrücke gespeichert. Die Lesegeräte lesen den im Ausweis integrierten Chip mit Hilfe kryptografischer Technologie aus. Dann wird der Fingerabdruck des Wählers genommen und mit dem auf dem Ausweis gespeicherten verglichen.

Die Anzahl der Wähler, die auf den einzelnen Kartenlesegeräten registriert sind, wird digital an die Wahlkommission übermittelt. Damit soll sichergestellt werden, dass keine kopierten Wählerausweise verwendet werden können. Zudem ist jedes Lesegerät für ein bestimmtes Wahllokal programmiert und kann nur dort eingesetzt werden. Mehrfaches Abstimmen – ein beliebtes Mittel zur Wahlfälschung – wird dadurch quasi unmöglich.

INEC bestand darauf, nur Wähler mit digitalen Ausweisen zur Wahl zuzulassen, da die alten Wäh-

lerausweise, die aus einem einfachen Stück Papier bestanden, anfällig für Fälschungen waren.

Widerstand von Politikern

Während die meisten Nigerianer das neue System mit seinem Versprechen von Transparenz und Glaubwürdigkeit begrüßten, gab es massiven Widerstand von Politikern. Einige argumentierten, das Land sei noch nicht reif für derartige Technologien. Andere meinten, die Neuerung müsse gesetzlich abgesichert werden. Die damals regierende Demokratische Volkspartei (PDP) wehrte sich vehement gegen den Einsatz der digitalen Wählerausweise. Ihr Argument: Die Wähler würden um ihr Recht gebracht, falls Kartenleser ausfielen. Manche Politiker versuchten die Einführung des neuen Systems sogar gerichtlich zu stoppen und INEC zu zwingen, Wähler wie gehabt manuell zu registrieren.

Die Wahlkommission bemühte sich, alle Zweifel zu zerstreuen. Sie versprach, Ersatzgeräte für den Fall technischen Versagens vorzuhalten und Wähler mit Ausweisen, die vom Lesegerät nicht erkannt werden, manuell zuzulassen. Diese Wähler müssten allerdings ein spezielles Formular ausfüllen.

Die damalige Oppositionspartei All Progressives Congress (APC) unterstützte die Einführung der digitalen Ausweise und Lesegeräte. APC-Sprecher Lai Mohammed, der heute Informationsminister ist, sagte, die PDP lehne die Innovation allein deshalb ab, weil sie kein Interesse an freien und fairen Wahlen habe. „Nur unehrliche Politiker, die betrügen wollen und die in großem Stil Wählerausweise gekauft haben, sowie jene, die etwas zu verbergen haben, sind gegen den Einsatz der Geräte“, sagte er. Seine Partei hingegen befürwortete jedes Instrument, das dafür Sorge, dass die Stimmen der Nigerianer bei der Wahl zählen.

Vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 28. März 2015 rief INEC – mit Unterstützung von





Alamba/AP Photo/picture-alliance

Wählerregistrierung mit digitalen Lesegeräten in Lagos vor den Wahlen 2015.

zivilgesellschaftlichen Organisationen – die Wähler in einer Kampagne dazu auf, sich ihre digitalen Wählerausweise ausstellen zu lassen. Zudem führte INEC Testläufe mit Lesegeräten in 12 der 36 Bundesstaaten Nigerias durch. Einige Probleme traten zutage, die die Wahlkommission rechtzeitig beheben wollte.

Präsident nicht erkannt

Am Wahltag bestand das größte Versagen darin, dass das Kartenlesegerät im Heimatwahllokal von Präsident Goodluck Jonathan und seiner Frau die Fingerabdrücke des Paares nicht erkannte. Nach mehreren Versuchen griff der zuständige Wahlhelfer auf die manuelle Zulassung zurück. Medien berichteten zudem von Ausfällen der Lesegeräte in mehreren weiteren Wahllokalen im Land. In den betroffenen Gebieten verzögerte sich die Identifizierung der Wähler und damit der gesamte Wahlvorgang. Die Abstimmung musste dort um einen Tag verlängert werden.

Im Großen und Ganzen funktionierten die Lesegeräte jedoch. Lokale und internationale Beobachter waren sich darüber einig, dass das neue digitale System dazu beigetragen hatte, Wahlbetrug stark einzu-

dämmen. Es kam auch bei den Regionalwahlen zwei Wochen später zum Einsatz.

Die digitalen Wählerausweise und Lesegeräte machten die Wahlen 2015 zweifellos zu einem wichtigen Meilenstein auf Nigerias Weg zur Stärkung der Demokratie. Erstmals verlor ein amtierender Präsident die Wahl. Heute regiert der Kandidat der Opposition, Muhammadu Buhari, das Land.

Das neue System muss jedoch noch einige Hürden überwinden. Das Oberste Gericht entschied kürzlich im Zusammenhang mit Gouverneurswahlen, dass die Lesegeräte das Wählerverzeichnis nicht ersetzen dürfen, solange die Nationalversammlung das Wahlgesetz nicht entsprechend ändert.

Die Bürger nehmen INECs Einführung digitaler Technologie jedoch gut an. Inzwischen akzeptieren beispielsweise Banken und Unternehmen den Wählerausweis als Identitätsnachweis. Sogar die staatliche Kommission für Identitätsmanagement verweist auf die Wählerausweise – die von ihr geplante Einführung von Personalausweisen für alle Nigerianer wird seit Jahren durch bürokratische Hindernisse verschleppt. ←



Damilola Oyedele ist leitende Korrespondentin für die nigerianische Zeitung „Thisday“. Sie lebt in Abuja. damiski22@yahoo.com

Möglichkeiten des digitalen Journalismus

Todesdrohungen und Schikanen gegenüber Journalisten sind im Südsudan häufig. Laut der Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen hat der andauernde bewaffnete Konflikt die Lage in den vergangenen zwei Jahren noch verschärft. 2015 wurden sieben Journalisten von unbekanntem Gangstern getötet.

Von Ochan Hannington

➔ Im August 2015 drohte Salva Kiir, der Präsident Südsudans, auf einer Pressekonferenz an, Journalisten ermorden zu lassen, „wenn sie gegen den Staat arbeiten“. Drei Tage später wurde ein Reporter, Peter Moi, auf offener Straße erschossen. Das Verbrechen löste Panik unter den Medienschaffenden aus. Staatliche Sicherheitsorgane haben bereits viele Journalisten verhaftet und mehrere Medienhäuser geschlossen.

2015 stand der Südsudan an 125. Stelle von 180 Ländern im World Press Freedom Index, den Reporter ohne Grenzen veröffentlicht. Das zeigt deutlich, dass dieser Staat für Journalisten einer der gefährlichsten weltweit ist.

Viele Medienschaffende sind ins Exil geflohen und haben wenig Hoffnung, bald zurückzukehren, obwohl offiziell der Friedensprozess läuft. Joseph Nashion ist einer von ihnen. „Die Leute, die mir nach dem Leben trachten, laufen noch frei herum“, sagt er. Er hatte Droh-SMS von Unbekannten auf seinem Handy empfangen und deswegen seine Heimatstadt Yambio verlassen. Im August 2015 floh er nach Uganda, wo er ein neues Leben beginnen wollte.

Er war nunmehr arbeitslos – aber er hatte noch sein Smartphone. Mit Techniken des Mobile Reporting und speziellen Apps, um professionelle Audios und Videos von hoher Qualität zu machen, lernte Joseph, sein Smartphone als kostengünstige Alternative zu dem üblichen Aufnahme- und Filmequipment zu nutzen.

Es war jedoch schwierig, weiterhin in seinem Beruf als Journalist zu arbeiten. Er hatte keinen Zugang zu lokalen Redaktionen, und ihm fehlte sein Netzwerk professioneller Kontakte. Auch jetzt noch kratzt er mühsam seinen Lebensunterhalt zusammen.

Die Deutsche Welle Akademie bildet Journalisten in mehreren ostafrikanischen Ländern zu „Mobile Reportern“ aus. Mobile Reporting ist eine kostengünstige Art und Weise der Berichterstattung, die ohne

teure Kameras oder Aufnahmegeräte auskommt. Spezielle kostenlose Apps ermöglichen es, Video- oder Audiodateien auf dem Smartphone zu schneiden, so dass man keinen Schneideraum in einem Sender benötigt – nicht einmal einen Computer.

Exil-Journalisten profitieren vom Mobile Reporting. Sie können beispielsweise aus einem Flüchtlingslager heraus arbeiten und ihre Beiträge an weit entfernte Auftraggeber schicken. Sie nutzen ihre Smartphones zum Filmen, für Tonaufnahmen und Schnitt, zum Schreiben des Manuskripts und Überspielen des Berichts.

Pernille Bærendtsen ist eine dänische Journalistin, die bei Workshops der DW Akademie diese Fertigkeiten unterrichtet. Sie trainierte Joseph und einige seiner exilierten südsudanesischen Kollegen in Uganda in Mobile Reporting. Sie sagt, Mobile Reporting biete Medienschaffenden im ländlichen Afrika viele Möglichkeiten, „weil es sie befähigt, unabhängig zu arbeiten“.

Bürgerradio

Kostengünstig mit dem Smartphone zu arbeiten ist nicht nur für freie Journalisten attraktiv, sondern auch für kleine Medienhäuser. Ein Beispiel ist das Bürgerradio Speak FM im nördlichen Uganda. Speak FM ist eine unabhängige Radiostation, die der zivilgesellschaftlichen Organisation Women in Democracy (FOWODE) gehört.

Der Sender ist recht nahe der südsudanesischen Grenze gelegen, wo das Volk der Acholi den größten Bevölkerungsanteil stellt. Es leben dort aber auch sehr viele südsudanesische Geflüchtete. Lokale Radioprogramme laufen normalerweise auf Acholi, Luo und Englisch. Wenn sie mit Hilfe von Mobile Reportern zusätzlich Programme in südsudanesischen Sprachen oder Arabisch anbieten, können die Sender ihre Hörerschaft auf beiden Seiten der Grenze enorm erhöhen.





Mohammed Ali

Südsudanische Journalistin in Kenia.

Jane Aciro, die Leiterin von Speak FM, meint, alle ihre Mitarbeiter sollten Mobile Reporting beherrschen, weil ihr Sender dann den Menschen besser dienen könne: "Mobile Reporting wird unsere Produktivität erhöhen und die Qualität unserer Sendungen verbessern."

Dies entspricht auch der Erfahrung internationaler Experten wie Pernille Bærendtsen. Sie sagt: "Der Informationsfluss ist so schnell wie nie zuvor. Lokale Sender und freiberufliche Reporter müssen auf digitalen Journalismus setzen, um die Möglichkeiten der digitalen Welt voll auszunutzen."

Digitale Medienarbeit ist im ländlichen Uganda jedoch ein neues Phänomen – und bis jetzt beherrschen nur wenige Reporter diese Techniken. Praktische Trainings sind nötig, sagt Bærendtsen. Viele Teilnehmer ihrer Workshops brächten kaum Vorwissen bezüglich der Nutzung von Smartphones und Apps mit.

Begrenzte Freiheit

Auch in Uganda ist das Leben der Journalisten nicht einfach. Die Situation ist besser als im Südsudan, lässt aber noch zu wünschen übrig. Laut Reporter ohne Grenzen steht das Land auf Rang 97 auf dem weltweiten Pressefreiheits-Index. Die Lage habe sich in den vergangenen Jahren verbessert.

Es gibt aber weiterhin Einschränkungen der Meinungsfreiheit. So mussten während der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 18. Februar 2016 einige Internet-Provider des Landes ihren Betrieb unterbrechen. Der Informationsminister Nyombi Thembo befürwortete im Fernsehen später die „vorübergehende Schließung“ der sozialen Medien: „Es war wichtig, Facebook und Whatsapp stillzulegen, weil so während der Wahlen keine falschen Informationen gepostet werden konnten.“



Ochan Hannington ist ein südsudanesischer Filmemacher und Journalist. Er lebt momentan in Uganda und ist selbst Alumnus eines DW Akademie – Mobile Reporting Workshops.
ochanhannington@yahoo.com

„Online haben die Leute keine Angst“

In Mosambik werden immer wieder Regierungskritiker und Journalisten ermordet – obwohl die Presse- und Meinungsfreiheit in der Verfassung verankert sind. Um die offene demokratische Auseinandersetzung voranzutreiben, hat die Digitalaktivistin Fernanda Lobato das Portal „Olho do cidadão“ (Auge des Bürgers) gegründet. Mit ihrem Projekt Txeka – das Wort ist vom englischen „check“, prüfen, abgeleitet – ermöglichte sie der mosambikanischen Bevölkerung erstmals, Probleme und Unregelmäßigkeiten bei der Präsidentschaftswahl 2014 aufzudecken. Julia Jaroschewski hat sie interviewt.

Interview mit Fernanda Lobato

Was hat Ihr politisches Interesse ausgelöst?

Ich habe in Portugal Politikwissenschaften und internationale Beziehungen studiert. Das Thema hat mich gereizt, weil politische Partizipation in der Geschichte von Mosambik kaum stattfand. Früher waren wir portugiesische Kolonie; heute leben wir praktisch unter einer Einparteienherrschaft. Unsere Vergangenheit hat uns zu einem friedlichen, ruhigen Volk gemacht. Wird ein Gesetz geschaffen oder wird der Nahverkehr teurer, ärgern sich die Menschen, aber sie machen nichts dagegen. Das hat mich gestört. Wenn ich darüber mit Freunden sprach, sagten viele: „Vorsicht, Du solltest dich besser nicht einmischen, hier kann man nicht offen über Probleme reden.“

Muss die Bevölkerung in Mosambik noch immer Angst haben, ihre Meinung frei zu äußern?

Es ist nicht einfach. Im März 2015 wurde der Jurist Gilles Cistac auf offener Straße vor einem Café in Maputos Stadtzentrum erschossen. Wegen solcher Vorfälle haben die Menschen Angst. Sie fürchten Vergeltung. Um Job und Existenz nicht zu gefährden, halten die meisten lieber den Mund. Damit wir uns von einer bloß formalen zu einer lebendigen Demokratie entwickeln, brauchen wir aber engagierte Bürger.

Bei der Gleichberechtigung der Frauen gilt Mosambik als recht fortschrittlich – es sitzen viele Frauen im Parlament?

Ja, aber in der Praxis funktioniert das nicht. Die Frau im Parlament ist eigentlich nur symbolisch. Vor kurzem wurde ein Gesetz diskutiert, dass, wenn ein Mädchen, das vergewaltigt wurde, seinen Peiniger heiratet, keine Straftat mehr vorliegt. Das wäre absurd. Wir haben dagegen demonstriert. Leider haben uns die Politikerinnen nicht unterstützt. Es gibt viel zu tun im Bereich der Gleichberechtigung,

und es gibt wenig Engagement bei weiblichen Abgeordneten. Vielleicht haben sie keinen Einfluss.

Aber die Statistiken über die hohe Anzahl von Frauen im mosambikanischen Parlament werden international positiv gewertet.

Die Statistiken sind für das Papier. Damit dort steht: „Wir sind eine Demokratie“. Aber die Praxis ist problematisch: Mosambik hat hohe HIV-Raten, häusliche und sexuelle Gewalt sind verbreitet. Die zahlreichen Organisationen stecken irgendwann fest und erreichen nichts. Das ärgert mich.

Wie sind Sie selbst politisch aktiv geworden?

Zuerst habe ich einen Blog gestartet. Das ist ein tolles Instrument. Es ermöglicht Bürgerjournalismus und erreicht die Jugend. Ich wollte aber mehr als nur meine Sicht der Dinge mitteilen. Mir kommt es nicht nur auf digitale Kommunikation an, sondern auch auf Staatsbürgerschaft und Partizipation. Ich wollte eine Plattform schaffen, auf der man schreiben und Bilder veröffentlichen kann, aber die man auch anrufen kann. Mit Studenten habe ich deshalb „Olho do cidadão“ gegründet. Die Website beschäftigt sich mit Themen wie Bildung, Politik, HIV/Aids. Das Projekt fing an zu wachsen. Wir machten auch Veranstaltungen, etwa über Umweltthemen oder gegen Homophobie. Olho do cidadão erfordert Kraft und Geld, aber es lohnt sich.

Die Präsidentschaftswahlen 2014 waren ein entscheidender Moment?

Ja, sie eröffneten neue Möglichkeiten, und wir gründeten das Projekt Txeka. Internationale Organisationen unterstützen uns dabei. Zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen haben wir eine Plattform geschaffen, auf der Menschen vor und während der Wahlen seltsame Vorfälle melden



sollten. Alles, was ihnen nach Wahlbetrug oder Korruption aussah, konnten sie uns via Email, Whatsapp, Anruf, Facebook oder Twitter mitteilen. Wir haben das auf einer Landkarte eingetragen und der Öffentlichkeit transparent zur Verfügung gestellt. Das Feedback war enorm. Die Lehre war, dass Menschen eben doch ihre Meinung sagen und sich beteiligen wollen.

Hatten Sie etwas anderes erwartet?

Ich dachte nicht, dass es so gut ankommen würde. Es ging alles sehr schnell. Die Wahlen waren am Mittwoch, und Txeka startete am Samstag zuvor.

Inwiefern haben die digitalen Medien einen Einfluss auf die politische Meinungsbildung und Teilhabe in Mosambik?

Der Einfluss ist riesig. Wir haben beispielsweise ein Debattenforum online, das funktioniert sehr gut. Dort haben die Leute keine Angst zu reden. Natürlich wissen wir, dass es immer irgendeine Form der Einschränkung geben kann. Aber die Personen formulieren ihre Meinungen und äußern unmissverständliche Kritik.

Welche Einschränkungen gibt es denn?

Es gab den Fall des Wissenschaftlers Carlos Nuno Castel-Branco, der sich kritisch mit Wirtschaftsprozessen in Mosambik und dem früheren Präsidenten Guebuza beschäftigt. Er wurde wegen eines Kommentars auf Facebook vor Gericht gebracht.

Haben Sie schon Probleme bekommen?

Nein, nicht wirklich. Txeka ist gut gelaufen, und niemand hat uns das untersagt. Wir wurden nicht zensuriert. Am Tag der Wahlen, als wir unsere Ergebnisse in den großen Medien präsentieren wollten, fiel allerdings in unserem Büro der Strom aus – und unsere Website kollabierte unter großem Besucherandrang. Das kann Zufall gewesen sein, aber wir waren offline. Wir konnten niemanden erreichen,

niemand konnte uns erreichen. Es wäre aber reine Spekulation zu behaupten, dass das von außen manipuliert war.

Inwiefern verändern digitale Medien das Leben der Bevölkerung?

Sie verändern viel. Dass wir heute oft auf die Straße gehen, um gegen etwas zu demonstrieren, hat in den sozialen Netzwerken begonnen. Auch Txeka hat in den sozialen Medien begonnen mit Kommentaren über Transparenz, über freie und gerechte Wahlen. Am Anfang waren es kleine Sätze, von denen man denkt, sie haben keine Bedeutung. Doch in der Summe tragen genau diese Nachrichten zu freier Meinungsäußerung bei.

Treten auch Abnutzungserscheinungen auf?

Ein Problem ist, dass die Leute in den sozialen Netzwerken kommentieren und debattieren, aber fraglich bleibt, was danach passiert. Was bleibt? Der Staat muss wahrnehmen, dass sich die Bevölkerung bewegt. Txeka hat diesbezüglich einen wichtigen Schritt gemacht. Es ist aber auch wichtig, staatliche Stellen mit den Sichtweisen der Bürger zu konfrontieren.

Wie hat denn der Staat auf Ihre Plattform reagiert?

Er kommentiert immer wieder die geäußerte Kritik, hat sich aber nicht gegen Txeka gestellt. Die nationale Wahlkommission CNE und ihr technisches Unterstützungssekretariat STAE sollten aber die Anfragen besorgter Bürger beantworten. Die Menschen, die Missstände anprangern, wollen, dass ihre Probleme gelöst werden. Um das zu erreichen, muss Druck auf die Institutionen gemacht werden. Online-Kritik allein reicht nicht.

Auf welche Weise ändert denn das Wissen über die sozialen Netzwerke auch schon das Verhalten von Politikern und Entscheidungsträgern?

Vielen Bürgern kam es vor zwei Jahren darauf an, den Wahlvorgang genau zu beobachten.



Auf <http://mapa.txeka.org.mz/> ist dokumentiert, wo wie viele Unregelmäßigkeiten und Regelverstöße gemeldet wurden.



Fernanda Lobato

ist eine mosambikanische Internetaktivistin. Sie hat das Portal „Olho do cidadão“ (Auge des Bürgers) gegründet und mit dem Projekt Txeka 2014 zivilgesellschaftliche Wahlbeobachtung ermöglicht. Lobato war Stipendiatin des von US-Präsident Barack Obama 2014 initiierten Mandela Washington Fellowship in der US-Hauptstadt. fernandalobatomoz@gmail.com
Olho do cidadão: <http://olhodocidadao.org/>

Es tut sich was. Bei den Präsidentschaftswahlen 2014 haben die Kandidaten und Parteien erstmals Facebook-Seiten für sich eingerichtet. Sie sehen also die Relevanz des Mediums und wissen, dass es Wahlergebnisse beeinflusst. Sie haben sogar neue Gesetze über soziale Netzwerke erwogen.

Sie instrumentalisieren also soziale Netzwerke für ihre Zwecke?

Ist das negativ? Redefreiheit gilt auch für Politiker. Positiv ist, dass so Austausch entsteht. Abgeordnete sollen im Parlament die Bürger vertreten, und dank sozialer Medien erfahren sie deren Meinung. Wir befinden uns auf einem recht guten Weg, aber die Regierung muss noch stärker zuhören.

Aber der Zugang zum Internet in Mosambik bleibt ein großes Problem. Je weiter man nach Norden kommt, desto schlechter wird die Abdeckung.

Das stimmt. Aber wir hatten auf Txeka Beiträge aus allen Regionen des Landes. Wir haben das System so gestaltet, dass Personen ohne Internetzugang sich per Telefon melden konnten. Wer kein Internet hatte, konnte anrufen oder SMS senden. Handys sind weit verbreitet. Viele Personen nutzen mittlerweile Whatsapp, und damit lassen sich auch Fotos verschicken. Ein Großteil der Mosambikaner nutzt diese Möglichkeit, ohne einen Computer zu besitzen. Digitale Technik dringt längst in den ländlichen Raum vor.

Welches soziale Netzwerk ist das wichtigste?

Facebook ist die Nummer eins. Twitter wird von einer einkommensstärkeren Schicht genutzt. Whatsapp von allen. Als Facebook einmal für zwei Minuten nicht erreichbar war, wurden die Kollegen im Büro nervös. Natürlich gibt es auch andere Kanäle, aber

man hat sich an Facebook gewöhnt. Auch Olho do cidadão und Txeka laufen jetzt zu großen Teilen über soziale Netzwerke.

Hat das auch Nachteile?

Ja, das Problem sind viele Fehlinformationen. Bilder werden verwendet, die gar nicht zur Situation gehören. Falschmeldungen werden verbreitet. Die Verifizierung von Nachrichten und Bildern ist eine große Herausforderung. Also arbeiten wir bei Txeka mit Organisationen zusammen, die gegenrecherchieren können. Grundsätzlich ist gezielte Fehlinformation ein Problem aller digitalen Medien. Dennoch bleiben sie ein unglaublich starkes Instrument, das wir nicht mehr missen wollen.

Wird die Politik versuchen, digitale Medien stärker zu beschränken und eine Art neue Zensur zu schaffen?

Das würde mich nicht wundern. Es gab schon Versuche, und der Fall Castel-Branco hat eine intensive Diskussion darüber ausgelöst. Und natürlich gibt es Akteure, die das Netz beobachten, um einflussreiche Personen zu identifizieren. Profile werden gescannt – doch auch wenn die Nutzer das wissen, reden sie online weiter. Das zeigt, dass die Menschen ihre Angst etwas verloren haben.

Was erhoffen Sie sich langfristig?

Mosambik wird noch einen langen Weg gehen müssen, bis die Regierung Bürger stärker einbezieht und beteiligt. Ich möchte, dass sich mehr Menschen politisch engagieren, um Transparenz und bessere Lebensbedingungen einzufordern. Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes, und die gilt es zu verwirklichen. Gib den Menschen Instrumente, und sie werden sie nutzen.



Chancen und Risiken der Digitalisierung

Digitalisierung kann Entwicklungen fördern. Sie kann Entwicklung aber auch behindern oder gar negative Folgen für die Menschen in den Partnerländern haben. Deswegen ist die Auseinandersetzung mit dem digitalen Wandel und dessen Steuerung eine entwicklungspolitische Aufgabe.

Von Julia Manske

➔ Der digitale Wandel wirkt sich weltweit auf Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, Regierungsführung und wirtschaftliche Entwicklung aus – und damit auf die Kernbereiche der Entwicklungspolitik. Es ist beeindruckend, was einzelne Lösungen wie etwa das mobile Bankensystem M-Pesa in Kenia bewirkt haben. Gerade dort, wo Infrastruktur fehlt, bieten digitale Technologien neue Möglichkeiten – auch für Entwicklungsprojekte. Sie können die Menschen vor Ort oft schneller und kostengünstiger erreichen.

Die Digitalisierung kann Transparenz und Partizipation der Zivilgesellschaft begünstigen und so ihren Einfluss stärken: In zahlreichen Städten – von Accra bis Manila – vereinen sich junge Programmierer und Unternehmer, die mit digitalen Lösungen lokale Probleme beheben. Aktivisten ziehen ihre Regierungen über soziale Medien zur Rechenschaft (siehe dazu auf unserer Website <http://www.dandc.eu/de/node/2462> Nowadays von Isaac Sagala). Länder wie Mexiko oder Kambodscha schließen sich Open-Government-Initiativen an und legen ihre Regierungsdaten offen. Auch

entwicklungspolitische Organisationen fördern als Mitglieder der International Aid Transparency Initiative (IATI) transparente und offene Strukturen.

Gleichzeitig bieten digitale Technologien nicht nur Chancen. Sie bergen auch Risiken wie unabhäbgbare Abhängigkeiten, etwa wenn multinationale Unternehmen wie aktuell Facebook und Google quasi im Alleingang den Aufbau von Infrastruktur in den ärmsten Ländern dieser Welt übernehmen wollen. Netzpolitische Fragen – etwa zur Netzneutralität – gehen damit ebenfalls einher.

Nicht zuletzt verdeutlichen die Enthüllungen des US-Amerikaners Edward Snowden über die umfassende Überwachung von privaten Telefonaten durch US-Geheimdienste, dass Menschenrechte zunehmend auch in der digitalen Sphäre missachtet werden. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Verhaftung und anhaltende Misshandlung des saudi-arabischen Bloggers Raif Badawi, der sich auf seinem Blog kritisch über den Islam äußerte. Auch andere Beispiele illustrieren den schmalen Grat zwischen Chancen und Risiken der digitalen Technik: Wenn etwa die Türkei syrischen Flüchtlingen über biometrische IDs eine formelle Identität gibt, erleichtert das die Arbeit humanitärer Helfer. Wenn diese Daten jedoch gleichzeitig ausgewertet werden, um potenzielle Terroristen zu entlarven, ist dies ethisch und mit Blick auf den Datenschutz durchaus bedenklich.

Fortschritt in den eigenen Reihen

Um glaubhaft gegenüber Partnerländern auftreten zu können, müssen entwicklungspolitische Organisationen die digitale Fortschrittlichkeit auch in den eigenen Reihen beweisen. Schweden, Großbritannien und die USA haben bereits vor vielen Jahren die Digitalisierung im eigenen Land zur Chefsache erklärt und umfangreiche nationale Reformen zur Digitalisierung der Behörden angestoßen. Davon profitierten auch die Entwicklungsinstitutionen. Sie haben so

Die Digitalisierung schreitet weltweit voran: Tempel in Kuala Lumpur.



de/Novelle/CODONG/Unair



Koene/lineair

Tablets und Smartphones finden sich heute fast überall in der Welt: Fotoaufnahmen in Äthiopien.

sukzessive die Nutzung und Auseinandersetzung mit digitalen Technologien sowohl innerhalb der eigenen Organisation als auch in der Arbeit mit den Partnerländern verankert (siehe Kasten).

Die deutsche Bundesregierung hat sich bislang nur zögerlich dem digitalen Wandel zugewandt. Während sich dieser in hoher Geschwindigkeit vollzieht und unsere Lebenswelt drastisch verändert, sind Verwaltungen beispielsweise hierzulande noch weitgehend analog. Im letzten internationalen E-Government Index belegte Deutschland nicht einmal einen Platz unter den Top 20. Deutschland ist auch im Gegensatz zu vielen Partnerländern nicht Mitglied bei der Open Government Partnership. Dies ist eine internationale Allianz von 69 Ländern, die sich einem neuen Regierungsverständnis verschreibt und dazu die Zivilgesellschaft mit Hilfe digitaler Technologien und der Öffnung von Regierungsdaten einbindet.

Nur wer sich der Digitalisierung gegenüber öffnet und neue Technologien nutzt, kann deren Potenziale und Risiken einschätzen. Die deutschen Entwicklungsorganisationen haben dies inzwischen erkannt und im vergangenen Jahr entsprechende Maßnahmen ergriffen. Ein Ergebnis ist etwa ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aktuell erarbeitetes Toolkit, das deutschen Organisationen die wichtigsten Trends und Ansätze des Themas näherbringen soll. Das BMZ plant außerdem, den Etat für Digitalvorhaben in Afrika von 2 Millionen Euro 2015 auf 53 Millionen Euro in diesem Jahr aufzustocken.

Neue Partnerschaften und Ansätze

Grundsätzlich ist es gerade in einem sich schnell wandelnden Feld wie der Digitalisierung essenziell, den Erfahrungs- und Wissensaustausch mit anderen Ländern zu suchen und gemeinsame Standards und

Lösungen zu entwickeln. Schon aus Kostengründen bietet es sich an, bestehende frei zugängliche Lösungen – wie die Open-Data-Plattform vom Department for International Development (DFID) – für den Aufbau weiterer Plattformen zu nutzen, statt das Rad neu zu erfinden. Initiativen wie die Principles for Digital Development oder die erwähnte Open Government Partnership bieten Anknüpfungspunkte für den weiteren Austausch.

Digitale Maßnahmen können oft wesentlich schneller umgesetzt und angepasst werden als analoge. Und sie können auch schneller wieder beendet werden. Eine sinnvolle Nutzung digitaler Technologien erfordert insofern oft nicht weniger als einen Kulturwandel hin zu flexibleren Prozessen. Die US Agency für International Development (USAID) baute 2014 mit enormen finanziellen Ressourcen eine neue Einheit auf: das Global Development Lab. Dieses will effizientere und kostengünstige Lösungen entwickeln, ausprobieren und je nach Erfolg umsetzen oder verwerfen. Dass sich die US-Amerikaner diesem Start-up-Ansatz verbunden fühlen, wundert mit Blick auf das Silicon Valley kaum. Sicherlich sollten sich entwicklungspolitische Akteure auf ihre (nationalen) Stärken konzentrieren. Digitale Lösungen werden auch nur begrenzt eine Antwort auf höchst komplexe entwicklungspolitische Probleme geben können. Klar ist jedoch, dass die Entwicklungspolitik mit steigendem Budget- und Effizienzdruck neue agilere und unbürokratische Wege für neue Lösungen braucht.

Der Einsatz von Technologien hat auch immer politische Implikationen. Insofern müssen beispielsweise auch gewissenhaft Standards erarbeitet werden, wie digitale Menschenrechte in der Interaktion mit Menschen in den Partnerländern stetig gewährt werden können. Dafür werden Kooperationen mit Partnern wichtig sein wie zum Beispiel Forschungseinrichtungen und kleine zivilgesellschaftliche Akteure. Diese können auf schnell wandelnde Themen der Digitalisierung dynamischer und flexibler reagieren, als es

für die großen Organisationen im Alltagsgeschäft möglich ist. Die kanadische Regierung etwa lässt eine große Summe an die Forschungseinrichtung International Development Research Centre (IDRC) fließen, die Forschung zu genau diesen Fragen fördert. Die niederländischen Behörden fördern über diverse Töpfe gezielt Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an der Schnittstelle von Menschenrechten und Digitalisierung. Davon profitiert beispielsweise das Humanist Institute for Cooperation (HIVOS), eine Vorreiterorganisation zum Schutz digitaler Menschenrechte.

Herausforderungen und Chancen

Es gilt, die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen. Gleichzeitig ist es aber genauso nötig, sich mit den möglichen Risiken auseinanderzusetzen. Die Nutzung einer SMS-Anwendung im Gesundheitsbereich kann etwa schnell negative Effekte für die Empfänger haben, wenn Datenschutz- oder IT-Sicherheitsstandards nicht eingehalten werden. Die Zusammenarbeit mit multinationalen IT-Unternehmen zur Umsetzung

eines Bildungsprojektes kann die Entstehung lokaler Produkte und Inhalte verhindern.

Umso wichtiger ist es, Kompetenzen in den Organisationen auszubauen, um digitale Lösungen bewerten zu können. Ebenso kann die internationale Gemeinschaft von Deutschlands Expertise zu Themen wie dem Schutz der Privatsphäre oder dem digitalen Verbraucherschutz profitieren. Konkret könnte die deutsche Politik beispielsweise die Arbeit lokaler NGOs im Sinne eines Capacity-Building-Ansatzes unterstützen sowie zusammen mit anderen Akteuren technische Lösungen und Richtlinien zum Schutz der Privatsphäre erarbeiten. ←

Literatur

DFID: Digital Strategy.

<https://www.gov.uk/government/publications/department-for-international-development-digital-strategy-2012-to-2015>

Smith, M. L., und Reilly, K. M. A., 2013: Open Development. Networked Innovations in International Development. The MIT Press.

Hostein, G. M., und Nyst, C., 2014: Aiding surveillance. An exploration of how development and humanitarian aid initiatives are enabling surveillance in developing countries. I&N Working Papers 2014/1.

Von anderen Ländern lernen

Unter dem Stichwort ICT4D schenken entwicklungspolitische Organisationen dem Thema digitale Technik in den vergangenen 15 Jahren mal mehr, mal weniger Aufmerksamkeit. Die Schweden gelten als Pioniere, wenn es um den Einsatz digitaler Technik in der Entwicklungspolitik geht. Sie waren frühe Verfechter eines Information-and-Communication-Technologies-for-Development-Ansatzes (ICT4D).

2002 etablierte die schwedische Regierung ein ICT4D-Sekretariat, das die Durchführungsorganisation Swedish International Development Cooperation Agency (SIDA) bei der Integration digitaler Technik in Projekte unterstützen sollte. In der Außenstruktur gelang dies erfolgreich. Allerdings fehlte die Anbindung an die Zentrale und damit die Sichtbarkeit für die Führungsetage, so dass das Modell des Sekretariats zuletzt als gescheitert erklärt wurde. Dies sind wichtige Erfahrungen für andere staatliche Organisationen, die sich Fragen zur institutionellen

Verankerung des Themenkomplexes stellen.

Heute beschäftigt SIDA diverse ICT4D-Experten in der Zentrale in Stockholm sowie in den Länderbüros. Ebenso haben einige schwedische Botschaften das Thema aufgrund der gestiegenen Nachfrage durch die Partnerländer aufgenommen. Dies ist ein Ansatz, der besonders für dezentrale Strukturen interessant ist. Die Beschäftigung von ICT4D-Experten befreit aber nicht davon, grundlegende Digitalkompetenzen und ein Verständnis von den Risiken und Vorteilen digitaler Technologie innerhalb der Organisationen zu stärken.

Auch das britische Department for International Development (DFID) hat in den vergangenen Jahren eine umfangreiche Digitalstrategie umgesetzt. Diese beinhaltet unter anderem, dass alle Prozesse standardmäßig digitalisiert wurden. Dies gilt für interne Prozesse, Interaktionen mit Partnern und Projekte in der Außenstruktur.

Analoge Verfahren werden nur noch verwendet, wenn diese offenkundig zur Erreichung des Projektzieles beitragen, ansonsten gilt der digitale Weg. Bei der Entwicklung neuer Dienstleistungen und Angebote orientiert sich DFID an Designprinzipien, die auf Effizienz und einen nutzerzentrierten Ansatz setzen. DFID entwickelte im Zuge dessen Plattformen wie den Funding Finder, der es Partnern deutlich erleichtert, passende Fördermöglichkeiten zu finden.

Die Mitarbeiter wurden auch zum proaktiveren Umgang mit Social Media ermuntert, um als Ansprechpartner für die Partner sichtbar zu werden. DFID hat erkannt, welche Bedeutung Twitter und Co. als Kommunikationsmittel zwischen Bürger und Staat haben. Außerdem implementierten die Briten – ebenso wie die Schweden, Kanada und die USA – eine „open by default“-Strategie. Ausgaben und Projekte sind veröffentlicht und können von jedem auf einer Plattform angesehen und verglichen werden.



Julia Manske

arbeitet bei der Berliner Denkfabrik stiftung neue verantwortung an der Schnittstelle von Entwicklungs- und Digitalpolitik.
jmanske@stiftung-nv.de

Mittelständler gewinnen

Wenn man mit der Lösung eines Problems nicht weiterkommt, muss man neue Wege beschreiten. Im „lab of tomorrow“ entwickeln Unternehmer aus Entwicklungs- und Schwellenländern zusammen mit europäischen Firmen digitale Geschäfts- und Projektideen für spezifische Herausforderungen.

Sambia hat ein großes Steuerproblem. Nur wenige Bürger und Unternehmen zahlen regelmäßig Abgaben an den Staat. Diesen Zustand will die sambische Steuerbehörde ändern. Wie sie das erreichen kann, war Thema des ersten „lab of tomorrow“ im vergangenen Dezember in Berlin. Drei Tage lang tüftelten dazu Vertreter mittelständischer und großer Unternehmen, darunter

SAP und Deloitte, mit sambischen Experten und Entscheidungsträgern, wie dem Leiter der Steuerbehörde und dem ehemaligen Staatssekretär des

Finanzministeriums, an einer Lösung. Am Ende präsentierten sie fünf Ideen. Ein Beispiel: Unternehmer müssen bei der Registrierung von SIM-Karten ihre Steueridentifikationsnummer angeben und Auskunft über ihre Einnahmen geben. Die Finanzbehörde, bei der die Daten landen, kann so auf die Steuerpflichtigen zugreifen, sie informieren und Steuersünder identifizieren.

Mit dem „lab of tomorrow“, das die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchführt, sollen auch mittelständische Unternehmen dafür gewonnen werden, in Entwicklungsländern in Projekte mit sozialem Nutzen zu investieren. Viele Firmen sehen dort kein Marktpotenzial. Weitere Hindernisse sind fehlende Netzwerke, mangelnde Marktkennntnisse und Risikoscheu. Oft fehlt eine zündende Geschäftsidee – und zu dieser wollen die Workshops verhelfen.

Nach der Präsentation der Lösungsvorschläge für Sambias Steuerproblem sagten acht der elf teilnehmenden Unternehmen zu, den Prozess weiter zu begleiten. Aktuell bereiten die Unternehmen, die sich teilweise zu Konsortien zusammengeschlossen haben, Tests in Sambia vor. Dabei sollen unter anderem Fragen rund um das Thema Datenschutz geklärt werden.

Eine der vorgeschlagenen Lösungen basiert auf der Integration verschiedener IT-Systeme, die innerhalb des sambischen Regierungsapparats verwendet werden. So soll zum Beispiel die Datenbank der Registrierungsstelle für Unternehmen mit den Systemen der Steuerbehörde verknüpft werden, um Auffälligkeiten im Zahlungsverhalten besser zu ermitteln. Eine andere Idee setzt bei der Tatsache an, dass viele Menschen aufgrund mangelnden Wissens keine Steuern zahlen. Um dem abzuhelfen, sollen externe Dienstleister, wie zum Beispiel Kioskbetreiber, durch spezielle Trainings zertifiziert werden, um einen Beratungsservice zur Steuererklärung anzubieten. Ergänzend dazu soll es eine

neue Web-Applikation geben. Deren Nutzer könnten ihre Steuererklärung über Smartphones oder Tablets abgeben, die gegenüber Desktop-Computern den Vorteil haben, dass sie auch bei den regelmäßig auftretenden Stromausfällen weiter funktionieren. Außerdem soll die App über eine Offline-Funktion verfügen, wodurch auch bei unzuverlässiger Internetverbindung damit gearbeitet werden kann. Da sich nicht jeder ein solches mobiles Gerät leisten kann, sollen sie auch in den zertifizierten Stellen zur Verfügung stehen.

Schon während des Workshops waren die deutschen Unternehmer äußerst motiviert, an dem Entwicklungsprozess teilzunehmen und ihre unternehmerischen Chancen darin zu ergreifen. Ein Grund dafür liegt in der Design-Thinking-Methode, die die GIZ einsetzt und mit der auch Unternehmen wie Google oder IBM neue, innovative Produkte entwickeln. Dabei steht der Nutzer der Lösung im Mittelpunkt. Die Ideen, die entstehen, sollen möglichst realitätsnah sein. Dafür sorgten beim ersten „lab“ die sambischen Steuerexperten. Sie hinterfragten die Ergebnisse in ständigem Abgleich mit den Gegebenheiten ihrer Heimat. Anfängliche Denkfehler brachten den Prozess voran: Immer wieder wurde verworfen, überarbeitet und geschärft – bis am Ende die fünf vielversprechenden Konzepte auf dem Tisch lagen.

Im März fand bereits das zweite „lab of tomorrow“ statt. Sein Thema lautete „Food not Waste in Kenya“. Im Mai geht es dann um smarte logistische Lösungen für den Zugang zu Medikamenten in Kenia. Insgesamt sind für dieses Jahr mindestens vier Workshops geplant.

Link

„lab of tomorrow“:

<https://www.giz.de/lab-of-tomorrow>

Simon Unterschütz



arbeitet als Projektmanager im „lab of tomorrow“ für die GIZ.

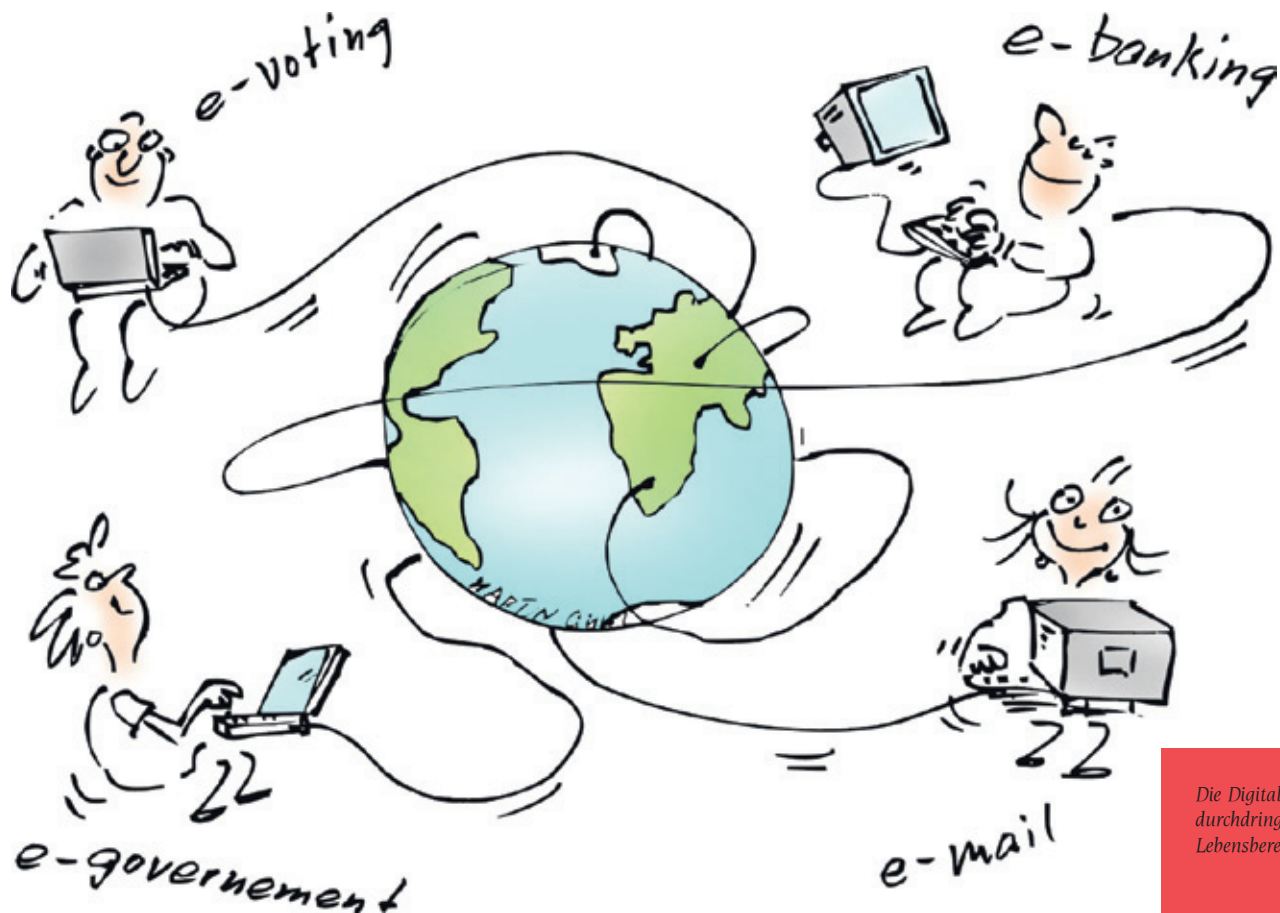
simon.unterschuetz@giz.de



Jonas Rehmet von Better Today (vorne), Felix Nkulukusa, ehemaliger Staatssekretär im sambischen Finanzministerium (Mitte), und Jörn-Hendrik Müller-Bornemann von der GIZ im „lab of tomorrow“.



Hahn/GIZ



Die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche.

dieKLEINERT.de/picture.alliance

Brücken bauen

Das Zeitalter der intelligenten Maschinen und der Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten, birgt aber auch die Gefahr zunehmender globaler Ungleichheiten. Weder die Umverteilung von Einkommen noch Austeritätsmaßnahmen taugen dazu, nachhaltige, inklusive Entwicklung zu erreichen. Gefragt sind neue, interdisziplinäre Ansätze.

Von Dominik Hartmann

→ Thomas Pikettys Buch (2014) über die Ungleichheit im 21. Jahrhundert belegt, dass das Vermögen der oberen zehn Prozent durch Kapitalerträge systematisch schneller wächst als die Einkommen durch Produktion und Arbeit. Somit steigt die ökonomische Ungleichheit an, und Wohlstand ist immer weniger ein Indikator für Arbeit und Leistung.

Ob die von Piketty geforderte globale Vermögenssteuer alleine in der Lage wäre, strukturelle Unterschiede im digitalen Zeitalter zu ändern, ist jedoch fraglich. Insbesondere bei geringem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit ist es nötig, Innovationen, Wettbewerbsfähigkeit und vor allem hochwertige

Arbeitsplätze zu schaffen. Das leisten weder Umverteilungs- noch Sparpolitik als Standardstrategien.

In einigen großen Entwicklungs- und Schwellenländern stockt die ökonomische Entwicklung. Die globale Finanzkrise hat in vielen Regionen der Welt Arbeitsplätze vernichtet, und die Divergenz zwischen den reichen Eliten und dem Rest der Bevölkerung ist gestiegen.

Neben der von Piketty beschriebenen Vermehrung von Kapital durch Kapital rollt jedoch schon die nächste Welle substantiellen Strukturwandels an: durch intelligente Maschinen und Digitalisierung. Sie

Interdisziplinäre Ansätze

Forscher am Media Lab des Massachusetts Institute of Technology (MIT) entwickeln eine Vielzahl praxisorientierter Technologien, die eine fruchtbare Interaktion zwischen Menschen und Computern ermöglichen. So wachsen Wissen, Möglichkeiten und Fähigkeiten. Unter anderem wurden hier der 100-Dollar-Laptop sowie Lern- und Programmiersoftware für Kinder entwickelt. Zum Beispiel erlaubt Scratch Kindern, selbst Computerspiele oder Animationen zu programmieren und weltweit mit anderen Kindern zu teilen.

Wichtigster Erfolgsfaktor ist dabei eine interdisziplinäre und anwendungsorientierte Lehr- und Forschungsphilosophie. Computerwissenschaftler, Designer, Natur- und Sozialwissenschaftler unterschiedlicher Länder und Altersgruppen arbeiten eng zusammen. So entstehen Lerntechnologien, werden digital Probleme in der Gesundheits-, Stadt-

und Musikforschung gelöst oder Roboter zur Unterstützung von Menschen gebaut.

Ein anderes Beispiel ist die STEPS-Initiative an der Universität von Sussex. Sie entwickelt interdisziplinäre Ansätze, um die Komplexität ökologisch nachhaltiger Entwicklung zu erfassen. Die STEPS-Methodik nutzt unterschiedliche Sichtweisen und Methoden für die Identifizierung ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger Innovationen und stellt diese Erkenntnisse zur Verfügung.

Auch in den Wirtschaftswissenschaften verlangen immer mehr Studenten und Forscher, alternative Wege zu gehen. Sie kritisieren die einseitig neoklassisch sowie modellorientiert ausgerichteten Lehrpläne. Diese bieten wenig Erklärungen und Lösungsansätze für aktuelle Probleme wie die Finanzkrise, Jugendarbeitslosigkeit oder ökonomische Ungleichheit.

In den vergangenen Jahren entstanden eine Reihe neuer heterodoxer und interdisziplinärer Ansätze, welche die Komple-

xität von Volkswirtschaften gezielt berücksichtigen und große Datenmengen verarbeiten. Ein Beispiel ist The observatory of economic complexity. Zudem entstehen neue praxisorientiertere Lehrbücher der Ökonomie, etwa am Institute for New Economic Thinking at the Oxford Martin School.

Literatur und Links

Hartmann, D., Guevara, M., Jara-Figueroa, C., Aristarán, M., und Hidalgo, C. A., 2015: Linking economic complexity, institutions and income inequality.

<http://arxiv.org/abs/1505.07907>

International student initiative for pluralism in economics:

<http://www.isipe.net>

Institute for new economic thinking at the Oxford Martin School:

<http://www.inet.ox.ac.uk>

Scratch – an interactive programming software tool for kids:

<https://scratch.mit.edu>

STEPS – social, technological and environmental pathways to sustainability:

<http://steps-centre.org>

The observatory of economic complexity:

<http://atlas.media.mit.edu/en/>

Der 100-Dollar-Laptop wurde am MIT Media Lab entwickelt.



dpa/web/picture-alliance/dpa

führt zu neuen Ungleichheiten zwischen Menschen, Regionen und Ländern, wird viele Jobs der Mittelschicht obsolet machen, aber auch neue Chancen eröffnen. Interdisziplinäre Ansätze sind notwendig, um den komplexen Problemstellungen zu begegnen.

Innovation und Ungleichheit

Die USA sind dem Rest der Welt bei Innovationen und der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft weit voraus. Forscher und Unternehmer im Silicon Valley oder in Massachusetts haben einen großen Vorsprung bei der Analyse großer Datenmengen und beim maschinellen Lernen.

Die Einkommens- und Vermögensungleichheiten steigen in den USA und weltweit durch die neuen Technologien stark an. Ähnlich wie bei der industriellen Revolution werden viele alte Fähigkeiten obsolet, und menschliche Arbeitskraft wird durch Maschinen und Algorithmen ersetzt. Internet- und Gesellschaftsforscher (Brynjolfsson und McAfee, 2014, Frey und Osborne, 2013, oder Lanier 2014) betonen, dass Strukturwandel das Risiko wachsender Ungleichheit im digitalen Zeitalter mit sich bringt.

Einerseits können intelligente Maschinen und Algorithmen viele Jobs der bisherigen Mittelschicht in den Industrieländern ersetzen. Andererseits investieren multinationale Unternehmen gezielt in die wissensbasierte Industrie 4.0 der führenden Technologienationen.

Neue Lösungsansätze müssen her, um einen größeren Teil der Bevölkerung jenseits der kleinen aufstrebenden Bildungs-, Tech- und Finanzelite fair zu entlohnen und aktiv an der digitalen Revolution zu beteiligen. Ein Großteil der Weltbevölkerung muss neue Fähigkeiten wie Programmierung, Social Media Literacy und interdisziplinäre Lösungskompetenz erwerben.

Echokammern und Polarisierung

Die digitale Informationsflut schafft aber auch neue Probleme. Sandy Pentland (2014) vom Media Lab des Massachusetts Institute of Technology (MIT) weist auf die abnehmende Produktivität bei zu häufigen virtuellen sozialen Interaktionen hin. Oft wiederholen sich in den sozialen Medien dieselben Informationen wie in einer Echokammer, und die Produktivität sinkt. Physische Diskussionen zwischen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und Wissen sind deshalb nach wie vor entscheidend.

Soziale Medien und Hyperkonnektivität können zudem ideologische Gräben vertiefen. Renzo Lucioni (2013) und andere Forscher haben die politische Polarisierung in den USA aufgezeigt. Während es 1989 noch viele Stimmüberschneidungen republikanischer

und demokratischer Senatoren bei legislativen Entscheidungen gab, waren es 2002 bereits deutlich weniger und im Jahr 2013 fast gar keine mehr. Auch bei politischen Auseinandersetzungen anderswo scheinen sich die Fronten durch neue Technologien zu verhärten, was beispielsweise in auf Social Media geführten Debatten in der Türkei oder Brasilien deutlich wird.

Zu häufig laufen die Diskussionen über Technologie, Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung nebeneinanderher. In der Praxis müssen sie sich jedoch ergänzen, um nachhaltige Entwicklung zu generieren (Hartmann 2014). Gezielte Anstrengungen sind nötig, um den Wissensaustausch zwischen unterschiedlichen Gruppen voranzubringen.

Neben der Tendenz zu Polarisierung und Ungleichheit gibt es aber auch einige neue Initiativen, die gezielt unterschiedliche Betrachtungsweisen integrieren und interdisziplinäres Lernen fördern (siehe Kasten, S. 26).

Das ist nötig, um Armut und Ungleichheit nachhaltig zu bekämpfen. Einkommensumverteilung allein wird nicht reichen. Wir müssen Verständnis füreinander entwickeln und Brücken zwischen unterschiedlichen Gruppen bauen. Massive Open Online Courses, Big Data, Crowdsourcing, maschinelles Lernen, Hackathons und Open Source bieten vielfältige Möglichkeiten, aber die wenigsten haben bislang Anteil daran.

Deshalb müssen die demokratischen und interdisziplinären Fähigkeiten geschaffen werden, um unterschiedliche Sichtweisen zu verstehen und aktiv einzubeziehen. Die Erkenntnisse von Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit können die Möglichkeiten interdisziplinärer Verbindungen von ökonomischen, sozialen und technologischen Überlegungen aufzeigen. ←

Literatur und Links

- Brynjolfsson, E., und McAfee, A., 2014: The second machine age. New York: WW Norton & Company.
- Frey, C.B., und Osborne, M.A., 2013: The future of employment: how susceptible are jobs to computerisation. http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf
- Hartmann, D., 2014: Economic complexity and human development. How economic diversification and social networks affect human agency and welfare. New York: Routledge Studies in Development Economics.
- Lanier, J., 2014: Who owns the future. New York: Simon & Schuster.
- Lucioni, R., 2013: United States of Amoeba. <http://www.economist.com/news/usa/21591190-united-states-amoeba>
- Pentland, A., 2014: Social Physics. How ideas spread – the lessons from a new science. New York: Penguin Press.
- Piketty, T., 2014: Capital in the twenty-first century. Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press.
- World Bank, 2016: World Development Report 2016: Digital Dividends. http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2016/01/13/090224b08405ea05/2_0/Rendered/PDF/World0developm0000digital0dividends.pdf



Dominik Hartmann ist EU Marie Curie Postdoctoral Fellow am Media Lab des Massachusetts Institute of Technology (MIT) und am Lehrstuhl für Innovationsökonomik der Universität Hohenheim. hartmado@mit.edu <http://www.hartmado.com/>

Menschen und Wissen vernetzen

Energypedia ist eine interaktive Plattform, die praktische Tipps gibt, wie Energiezugang in Entwicklungsländern funktionieren kann. Ähnlich wie Wikipedia verfassen nicht Organisationen oder Firmen die Texte, sondern die Nutzer der Plattform selbst.

Von Lisa Feldmann

➔ Wie plant man ein Kleinwasserkraftprojekt? Welche Ansätze gibt es, kleine Solaranlagen bezahlbar zu machen? Und wie können effiziente Kochherde vermarktet werden? Antworten darauf finden Nutzer auf der Internetplattform www.energypedia.info. Betrieben wird diese von einer gemeinnützigen Gesellschaft, die sich über Zuschüsse, Spenden sowie Gewinne ihrer Tochterfirma *energypedia consult* finanziert. Die Website beschäftigt sich mit spezifischen Fragestellungen rund um Energiezugang, erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Entwicklungsländern (siehe Kasten, S. 29).

Wie bei Wikipedia auch, sind alle Inhalte frei zugänglich. Jeder Besucher der Plattform kann alles lesen oder herunterladen. Um selbst aktiv an den Inhalten mitzuarbeiten, muss man sich vorher anmelden. Registrierte Nutzer können neue Fachartikel schreiben oder bestehende bearbeiten sowie Dokumente hochladen und verlinken. Sie können auch Veranstaltungen im Kalender eintragen, Jobangebote posten oder mit anderen Nutzern in Kontakt treten. Es gibt außerdem die Möglichkeit, private Nachrichten an andere Nutzer zu schreiben oder Fragen an die gesamte *energypedia*-Community zu stellen.

2015 besuchten im Durchschnitt jeden Monat knapp 36 000 Menschen *energypedia* (unique visitors). Die Plattform hat über 5 000 registrierte Nutzer und verfügt inzwischen über rund 3 000 Beiträge unterschiedlichster Art. Die meisten Texte sind in Englisch verfasst, doch es gibt auch spanische und französische Beiträge, beispielsweise zu Biogasanlagen und Kochenergie.

Leicht zugängliche Inhalte

Portale für bestimmte Technologien und Themen bündeln und strukturieren die Inhalte und machen sie leichter zugänglich. So gibt es beispielsweise Portalseiten zu Solarenergie, Biogas, Windenergie, Kochenergie, Wirkungen, Finanzierung, produktiver Nutzung, nachhaltiger Mobilität sowie Energie in der

Landwirtschaft. Zudem finden Besucher im Länderportal spezifische Informationen zur Energiesituation in einzelnen Ländern.

Damit Beiträge zu bestimmten Themen auch über die Portale hinaus leichter auffindbar sind, kann jeder Artikel mit verschiedenen Stichwörtern, sogenannten Categories, verschlagwortet werden. So sind beispielsweise unter dem Stichwort „Biogas“ 140 Beiträge verzeichnet, über 90 Artikel sind mit dem Schlagwort „Impacts“ versehen und das Spezialthema „Solar Pumping“ kommt immerhin auf 15 Artikel.

Neben Texten in Form von Artikeln gibt es auf *energypedia* auch mehrere Datenbanken. Diese strukturieren Inhalte nach festgesetzten Kriterien und ermöglichen es dem Nutzer, gezielt nach bestimmten Merkmalen zu suchen oder sich Ergebnisse sortiert anzeigen zu lassen. Je nach Datenbank beispielsweise nach Jahr, Autor, Produzent, Land, Technologie et cetera.

So finden Nutzer im Clean Energy Project Resource Center beispielsweise Dokumente zu Ausschreibungen und Beschaffungswesen, ökonomische Analysen oder auch Fallbeispiele. Die zwei dahinterstehenden Datenbanken für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz entwickelte *energypedia* zusammen mit dem Energy Sector Management Assistance Program (ESMAP) der Weltbank und anderen Organisationen. Weitere Datenbanken gibt es für Energiepublikationen mit Bezug zu Mosambik, kleine Solarlampen (PicoPV) und zu Wasserkraftanlagen.

Energypedia ist Mitglied der Climate Knowledge Brokers Group, einem Netzwerk verschiedener Akteure, die den Zugang zu klimarelevanten Informationen verbessern möchten, beispielsweise mit Hilfe des sogenannten Climate Tagger. Er ermöglicht es Organisationen aus dem Klima- und Entwicklungsbereich, ihre Online-Daten und Informationsquellen per Linked Open Data nach einem einheitlichen Katalog zu verschlagworten und in einen gemeinsamen Informationspool einzuspeisen.

Relevant für Entwicklung

Weltweit bereiten über 3 Milliarden Menschen ihre Mahlzeiten auf offenen Feuern oder traditionellen Herden zu, mit allen daraus folgenden negativen Konsequenzen für ihre Gesundheit, ihre direkte Umwelt und das weltweite Klima. Eine Milliarde Menschen haben keinen Strom, sitzen abends im Dunkeln oder müssen Paraffinlampen oder Kerzen benutzen. Zugang zu Energie ist essenziell für jede Art von Entwicklung, für Bildung, Gesundheit, Ernährung, in Unternehmen und sozialen Einrichtungen.

In Zeiten des Klimawandels ist es zudem von größter Bedeutung, die Energieversorgung nachhaltig zu gestalten. Energiesparende Technologien und der Einsatz von erneuerbaren Energien können gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern wichtige Impulse liefern. Zudem ist in vielen abgelegenen Gebieten eine dezentrale Energiegewinnung durch

Sonne, Wind, Wasser oder Holz und andere Biomasse für absehbare Zeit die einzige Möglichkeit, Menschen mit Energie zu versorgen.

Für das Verbreiten und Anwenden entsprechender Technologien in Entwicklungsländern ist spezifisches Wissen vonnöten. Die Online-Plattform energypedia macht dieses Know-how frei zugänglich. Indem Experten ihr Wissen und ihre Erfahrungen online teilen, stehen diese Informationen nicht mehr nur innerhalb eines Projektes, eines Landes oder einer Organisation zur Verfügung, sondern weltweit für alle. Die Wiki-Plattform ermöglicht damit einen direkten Süd-Süd-Austausch. So konnten beispielsweise Fachleute in Ruanda beim Einsatz spezieller Biogasanlagen vom Erfahrungsschatz bolivianischer Experten profitieren. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden. „Energypedia ist zwar in erster

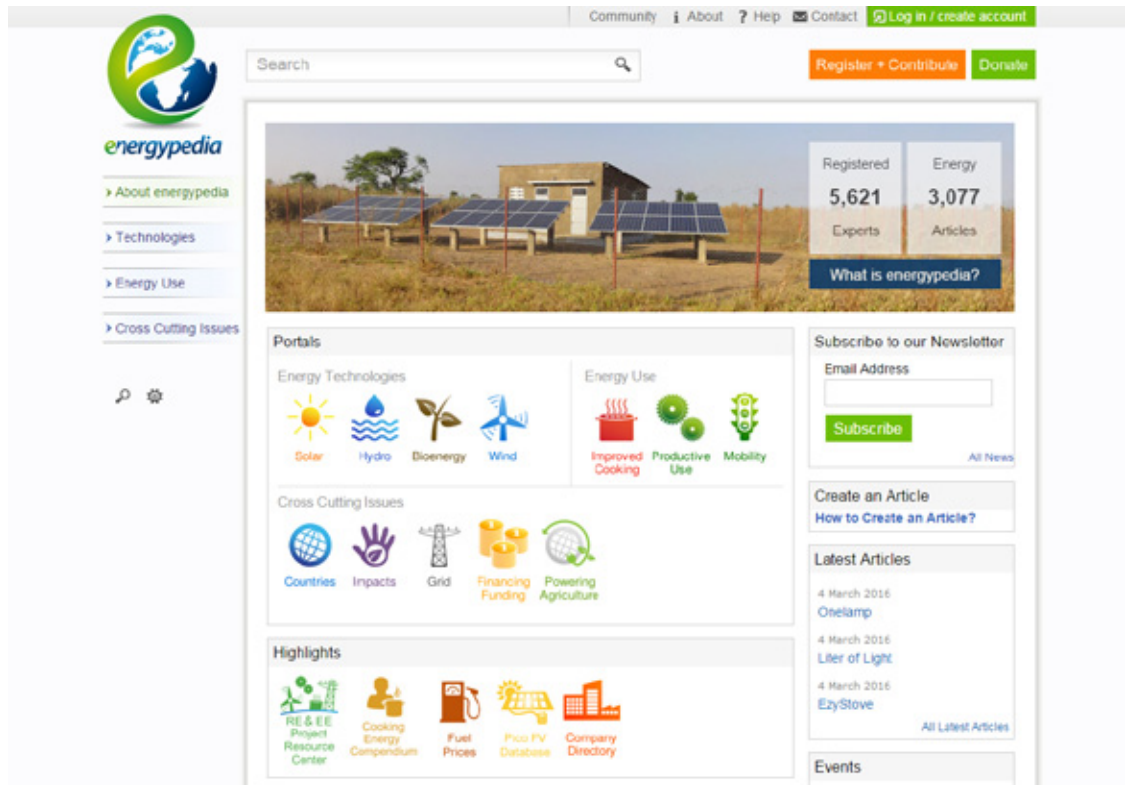
Linie eine Plattform, um Experten und Fachwissen zu vernetzen, aber es geht auch darum, Entwicklungszusammenarbeit effizienter, transparenter und effektiver zu machen“, verdeutlicht Mitgründer und Geschäftsführer Robert Heine.

Was ist ein Wiki?

Technisch gesehen ist ein Wiki eine Sammlung von Internetseiten, deren spezielle Software es Nutzern ermöglicht, jederzeit und ohne Programmierkenntnisse Seiten und Inhalte zu erstellen oder zu verändern. Das bedeutet, dass Nutzer Internetseiten nicht nur online lesen, sondern sie aktiv mitgestalten können (siehe Hauptartikel). Damit gehören Wikis zum sogenannten Web 2.0. Bekanntestes Beispiel für ein Wiki ist die Online-Enzyklopädie Wikipedia, deren frei verfügbare Software auch energypedia verwendet.



*Tansanische Landfrau:
Viele Menschen kochen
noch immer auf
offenem Feuer.*



Die Website von energypedia: www.energypedia.info.

Getreu dem Wiki-Ansatz, dass die Nutzer die Inhalte generieren, gibt das Team hinter energypedia lediglich Hilfestellung an Autoren und sorgt für das technische Funktionieren der Plattform. Zudem bemüht sich das Team, die Qualität hochzuhalten und die Nutzerfreundlichkeit immer weiter zu verbessern.

Nutzerverhalten und Motivation



Lisa Feldmann

ist Communication Manager bei energypedia.

lisa.feldmann@energypedia.info

<http://www.energypedia.info>

<http://www.climateknowledgebrokers.net/>

net/

Dass das Angebot von energypedia gerne angenommen wird, zeigen nicht nur die steigenden Besucher- und registrierten Nutzerzahlen. Eine Umfrage im Sommer 2015 ergab, dass 87 Prozent der Befragten sehr zufrieden oder zufrieden mit energypedia sind und fast 60 Prozent die Plattform schon einmal weiterempfohlen haben. Knapp ein Drittel der 185 Befragten kam aus Europa und Zentralasien, ein Viertel war in Afrika und ein Fünftel in Südasien tätig. Ein Drittel der Befragten war im Privatsektor tätig, gefolgt von Beschäftigten im Regierungsbereich sowie von Nichtregierungsorganisationen.

Die meisten griffen auf energypedia zurück, um sich über aktuelle Entwicklungen im Bereich erneuerbare Energien zu informieren. Knapp ein Viertel aller Befragten gab zudem an, energypedia zu nutzen, um von den Erfahrungen anderer zu lernen und so die eigene Projektarbeit zu verbessern. 20 Prozent nutzten energypedia zu Recherchezwecken.

Die Umfrage zeigte aber auch, dass über 40 Prozent der Befragten nicht wussten, wie sie einen neuen

Artikel schreiben oder einen bestehenden bearbeiten können. Und dies, obwohl es einen umfassenden Hilfsbereich gibt und das energypedia-Team per E-mail, Skype oder Telefon Unterstützung anbietet. „Das war für uns ein wirklich aufschlussreiches Ergebnis der Umfrage“, sagt Ranisha Basnet, Community Managerin von energypedia. Um diese Informationslücke zu schließen, fügte energypedia auf der Startseite noch prominenter eine Box mit Link zum Hilfsbereich ein und stellte kurze Lehrvideos zur Nutzung von energypedia ein.

Der Wiki-Ansatz, dass verschiedene Menschen gemeinsam und online an Inhalten arbeiten können, ist vielen noch fremd. „Wir werden häufig gefragt, ob es denn kein Problem sei, dass Beiträge nicht nur vom Autor selbst, sondern auch von anderen Nutzern verändert werden können. Unsere Erfahrung zeigt aber im Gegenteil, dass viele Nutzer Hemmungen haben, fremde Artikel zu bearbeiten. Wir würden uns hier eigentlich mehr Aktivitäten wünschen, damit Beiträge auch aktuell und lebendig bleiben“, erklärt Ranisha Basnet. Um zu wissen, wer welche Änderungen an einem Artikel macht, können Nutzer jeden beliebigen Beitrag auf ihre Beobachtungsliste setzen. Sie werden dann automatisch über alle Aktualisierungen informiert. Basnet verweist zudem darauf, dass jede Änderung über die Historie des Artikels nachvollziehbar ist und rückgängig gemacht werden kann. Damit versucht sie, den Nutzern die Angst zu nehmen. „Das ist das Gute an einem Wiki“, lacht sie, „man kann viel ausprobieren und braucht keine Angst zu haben, etwas zu zerstören.“



Arme außen vor

Die Nutzung digitaler Technologien verbreitet sich in Indien rasant – unterstützt von der Regierung. Millionen von Menschen nutzen Online-Dienstleistungen verschiedenster Art. In den ländlichen Gebieten ist die digitale Infrastruktur jedoch schlecht: Die Ärmsten sind nicht angebunden.

Von Dinesh C. Sharma

➔ In den frühen 1990er Jahren war es in Indien extrem schwierig, einen Platz im Fernzug zu reservieren. Heute kann der Fahrgast sogar seinen Wunsch-Liegeplatz über das Internet buchen. Eine Million Tickets werden täglich online verkauft. Damit ist die Webseite der indischen Bahn weltweit der größte Anbieter dieser Art. 2015 gab es in Indien 6,75 Milliarden elektronische Transaktionen im Zusammenhang mit staatlichen und öffentlichen Diensten.

Der Einsatz digitaler Technologien breitet sich rasend schnell aus. Bis Ende 2015 gab es in dem Land mit 1,2 Milliarden Menschen mehr als eine Milliarde

Mobiltelefone. Rund 400 Millionen Menschen nutzten das Internet. Laut der indischen Telekom-Aufsichtsbehörde gibt es 131 Millionen Breitbandanschlüsse, der Internet- und Mobilfunkverband geht sogar von 197 Millionen aus. Die nationale Datenbank hat inzwischen biometrische Daten von 975 Millionen Bürgern gespeichert – das sind mehr als 75 Prozent der Bevölkerung. 138 Millionen Inder sind bei Facebook, 22 Millionen nutzen Twitter.

In den vergangenen zwanzig Jahren hat die Regierung verschiedene Maßnahmen zur wirtschaftlichen Liberalisierung von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) umgesetzt. Heute können Inder



Schüler mit Smartphones in Kalkutta.

Adhikary/picture-alliance/dpa



Kakade/AP Photo/picture-alliance

Facebook hat
138 Millionen
Nutzer in Indien.

ihre Geburts- und Sterbeurkunden, Führerscheine, Pässe und Grundbuchauszüge online erhalten. Sie können Steuern und Rechnungen elektronisch bezahlen, haben online Zugang zu ihren Konten bei Renten- und Pensionskassen und können sich auf den Webseiten der Regierungsbehörden über deren Aktivitäten informieren. Über das Direct-Benefit-Transfer-Programm überweist die Regierung armen Menschen ihre Leistungen direkt aufs Konto.

Im Privatsektor haben sich Banken und Versicherungen digitalisiert. Mehr als 200 Millionen Konten wurden im vergangenen Jahr anhand digitaler Technologien und Identifikationsdaten neu eröffnet. Dadurch sind Überweisungen schneller, und der Spielraum für Korruption ist erheblich kleiner geworden.

Die rechte Bharatiya Janata Partei (BJP), die im Mai 2014 unter Narendra Modi an die Macht kam, legt viel Wert auf den Einsatz von ICT in der Verwaltung. Unter dem Slogan „Digital India“ wirbt sie für die entsprechenden Programme. Außerdem nutzt sie die sozialen Medien für politische Propaganda und Imagebildung (siehe hierzu auch meinen Kommentar in E+Z/D+C e-Paper 2015/11, S. 46).

„Digital India“ hat drei Hauptziele:

- die Entwicklung eines Hochgeschwindigkeitsinternets als zentrale Infrastruktur für Dienstleistungen für Bürger,
- alle Behördendienstleistungen online anzubieten und

- die digitalen Kompetenzen der Bürger zu erhöhen und ihnen universellen Zugang zu digitalen Quellen zu verschaffen.

Dies sind sinnvolle Ziele. Allerdings bleibt unklar, wie, in welchem Zeitraum und mit welchen Geldern sie erreicht werden sollen. Bis 2017 plant die Regierung etwa 250 000 Gemeindeverwaltungen mit einem Breitbandinternetzugang auszustatten – wie der Ausbau in der Fläche erreicht werden soll, ist jedoch unklar.

Ungleicher Zugang

Schlechte digitale Infrastruktur ist die größte Hürde, die Indien auf dem Weg zur Digitalisierung zu bewältigen hat. Angesichts der Massen von Mobiltelefonen wird das häufig übersehen. Beim Zugang zu digitalen Produkten und Dienstleistungen besteht weiterhin eine große – und vermutlich weiter wachsende – Kluft zwischen Stadt und Land und Arm und Reich. Die meisten Handy-Nutzer leben in Städten, wo es WiFi-Hotspots an öffentlichen Orten wie Bahnhöfen, Flughafen-Lounges und historischen Denkmälern gibt.

69 Prozent der indischen Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten, aber nur 40 Prozent der Handy-Nutzer. Der Anteil internetfähiger Mobilgeräte ist auf dem Land sogar noch geringer. Laut einem Bericht der Weltbank vom Dezember 2015 hat Indien mit 1,063 Milliarden Menschen die größte Offline-Bevölkerung der Welt, gefolgt von China, wo 755 Millionen keinen Internetzugang haben.

Experten verweisen jedoch darauf, dass viele Dienste auch ohne internetfähige Geräte nutzbar sind. „In den meisten E-Governance-Diensten sind stimm- und textbasierte Funktionen integriert, ein Smartphone ist daher nicht immer nötig“, sagt Osama Manzar, Direktor der gemeinnützigen Digital-Empowerment-Stiftung in Neu-Delhi. „E-Services sind nicht auf mobile und individuelle Internetverbindungen begrenzt. Sie können auch von öffentlichen Servicecentern, Internetcafés und von NGOs bereitgestellten Zugangspunkten aus genutzt werden.“

Robin Jeffrey, Autor des 2013 erschienenen Buchs „Cell phone nation: how mobile phones have revolutionised business, politics and ordinary life in India“, sagt: „Mobiltelefone können helfen, Hürden des Analphabetismus und der Sprachenvielfalt zu überwinden. Das Schöne am Internet ist, dass es nicht über Sprache funktioniert, sondern über Bilder. Es kommt Analphabeten und jenen, die gerade erst gelernt haben, zu lesen, entgegen.“

Regierungsführung reformieren

Die Erfahrungen der vergangenen zwanzig Jahre zeigen: Nur wenn die internen Arbeitsprozesse der Regierung auf allen Ebenen – bis hin zu den Dorfräten – digitalisiert werden, kann E-Governance funktionieren. Subhash Bhatnagar vom Indian Institute of Management in Ahmedabad betont: „Die grundlegende Infrastruktur für Konnektivität und Datenspeicherung hat sich deutlich verbessert – das eigentliche Problem ist die Einstellung. Sowohl auf politischer als auch auf administrativer Ebene besteht kaum der Wunsch, die Bereitstellung von Dienstleistungen transparent und effizient zu machen.“

Auch variieren Bereitschaft und Implementierung in Bezug auf E-Governance in den verschiedenen Bundesstaaten stark. Die Umsetzung großer nationaler Projekte wird so zusätzlich erschwert. Sowmyanarayanan Sadagopan vom International Institute of Information Technology in Bangalore sieht die Kosten für die Technologien und den Mangel an technischem Know-how innerhalb der Regierung als weitere Herausforderung für das Nachbilden erfolgreicher Pilotprojekte an. „Für junge Leute sind die Gehälter im öffentlichen Dienst nicht attraktiv“, sagt er, „und die Regierung stellt keine Experten von außen ein.“

Wahres Empowerment

Die Regierung sieht digitale Technologien als Instrument zur Bürgerbeteiligung. Ministerpräsident Modi vertritt sogar die Meinung, heute förderten Technologien Bürgerbeteiligung und Demokratie, die ihre Kraft einst aus Verfassungen gezogen hätten. Experten warnen jedoch vor solchen Verallgemeinerungen. „Digitale Technologien sind lediglich ein Werkzeug

und führen nicht automatisch zu Empowerment. Das sieht man zum Beispiel daran, dass sie im Westen, insbesondere von Jugendlichen, vor allem zur Unterhaltung genutzt werden. Digitale Technologien sind ein zweischneidiges Schwert“, sagt Nissim Manna-thukkaren von der Dalhousie Universität in Halifax, Kanada.

Der bloße Zugang zu Mobiltelefonen, ohne zugleich besseren Zugang zu anderen grundlegenden sozioökonomischen Gütern zu haben, wie etwa zu Gesundheit, Bildung, sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, verändert das Leben der Armen nicht grundlegend. Wie Menschen digitale Technologien nutzen und nutzen können, hänge von Lese- und anderen Fähigkeiten ab, betont Manna-thukkaren. Seiner Ansicht nach ist Kerala der erste gänzlich digitale Bundesstaat in Indien, da er grundlegende Gesundheits- und Bildungsbedürfnisse seiner Bewohner noch vor Anbruch des digitalen Zeitalters weitgehend erfüllt hatte.

Laut Verwaltungswissenschaftler Bhatnagar bleibt Indiens ICT-Potenzial ungenutzt. So könnte etwa das Gesundheitswesen verbessert werden, wenn Ärzte und Krankenschwestern lernten, Videos für die Ausbildung zu verwenden und zu produzieren. Auch könnten sie Mobiltelefone nutzen, um Daten für Dienste zu sammeln, die sie anbieten, und um in Notfällen Kontakt zu Spezialisten aufzunehmen. Innovative IT-Anwendungen für den Gesundheitsbereich werden entwickelt, stehen aber noch nicht für die breite Nutzung bereit.

Ein Beispiel für eine solche Innovation ist das Gesundheits-Tablet „Swasthya Slate“, das medizinisches Personal als mobiles Diagnosegerät verwenden kann. Der Ansatz ist vielversprechend. Damit die gesamte Nation davon profitiert, muss jedoch die Konnektivität auf dem Land verbessert werden. Außerdem müssen Dienstleistungen inklusiv mobiler Anwendungen in indischen Sprachen angeboten werden. „Swasthya Slate“ kann – außer auf Englisch – in drei indischen Sprachen verwendet werden.

„Um das digitale Indien zu erreichen, brauchen wir eine klare Priorisierung der Ziele, angefangen bei der Schaffung einer belastungsfähigen und sicheren Infrastruktur“, sagt Nirvikar Singh, Wirtschaftsprofessor an der University of California Santa Cruz. „Grundlegende Software-Anwendungen und Bildungsmaterial müssen entwickelt und in verschiedenen indischen Sprachen bereitgestellt werden.“

Links

„Digital India“-Internetseite:

<http://www.digitalindia.gov.in/>

Modi-Zitate zu „Digital India“:

<http://www.narendramodi.in/9-quotes-from-pm-modi-s-digital-india-dinner-speech-in-san-jose-california-347118>

Swasthya Slate:

<http://www.swasthyaslate.org/>



Dinesh C. Sharma ist Journalist in Indien und Fellow am Centre for Media Studies in Neu-Delhi. Er ist Autor des Buchs: „The outsourcing: the story of India's IT revolution“, 2015, MIT Press. dineshsharma@gmail.com

Für Freiheit und Entwicklung

Die aktuelle Flüchtlingskrise kann auch als Krise der Flüchtlingspolitik verstanden werden. Wie soll das von vielen Seiten geforderte effektive internationale Flüchtlingsregime aussehen, und wer sind die Akteure? So vielfältig die Stimmen derzeit sind, so willkürlich erscheinen oft die verwendeten Begriffe. Die Literatur zeigt, dass Begriffe und Politik nicht voneinander zu trennen sind.

Von Stefan Rother

➔ Besonders lohnenswert ist ein Blick in die Geschichte des noch jungen Politikfeldes „Flüchtlinge“. Der Flüchtlingsbegriff hat sich im Laufe der Zeit gewandelt: Seit den 1950er Jahren werden Migranten und Flüchtlinge als separate Kategorien verstanden. Flüchtlinge verlassen demnach ihr Heimatland primär aus politischen Gründen, Migranten aus sozioökonomischen. Katy Long (2013) sieht diese Unterscheidung in vielen Fällen als kontraproduktiv an. Zwar habe sich dadurch der Schutz für Flüchtlinge erhöht, durch die Konzentration auf humanitäre Hilfe hätten sie aber kaum Möglichkeiten, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Zuvor bestand das Hauptziel darin, Flüchtlingen den Zugang zu bestehenden Migrationskanälen zu ermöglichen, wobei die Auswahl hauptsächlich unter ökonomischen

Kriterien erfolgte. Als größte Herausforderung galten die russischen Flüchtlinge, die ihr Land nach der Oktoberrevolution verlassen mussten. Der 1922 eingeführte Nansen-Pass sollte ihnen die Weiterreise ermöglichen – idealerweise in ein Land, das Bedarf an Arbeitskräften hatte.

Für einige Jahre übernahm die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Vermittlung von Flüchtlingen auf dem internationalen Arbeitsmarkt, wie Long ausführt. So wurden Flüchtlinge zu Arbeitsmigranten gemacht. Die Kehrseite war, dass nicht universeller Schutz, sondern Kriterien wie berufliche Qualifizierung über ihre Aufnahme entschieden. Als Folge der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren brach das System weitgehend zusammen. Viele Länder schotteten

sich auch vor den Flüchtlingen des Nazi-regimes ab.

Angesichts von Millionen Vertriebenen im Zweiten Weltkrieg wurden neue Institutionen geschaffen. Ein Beispiel war die International Refugee Organization (IRO), deren Aufgaben seit 1952 vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR übernommen werden. Viele Staaten rechneten Flüchtlinge auf ihre selbstdefinierten Zuwanderungsquoten an. Ob ein selbstbestimmtes Leben außerhalb von Lagern möglich war, hing von ökonomischen Faktoren ab. Dies führte zu heftigen Vorwürfen der Sowjetunion, Flüchtlingslager dienten als Sklavenmärkte, in denen sich westliche Mächte billige Arbeitskräfte besorgten. Für Long erklären solche Vorwürfe bis heute die Schwierigkeiten der internationalen Gemeinschaft, Flüchtlinge auch als potenzielle Arbeitskräfte wahrzunehmen.

Rieko Karatani (2005) zeigt auf, wie die Pläne der ILO, sich als zentrale multilaterale Mobilitätsinstitution zu etablieren, an solchen Spannungen scheiterten. Auf einer Konferenz 1951 in Neapel seien die Pläne vor allem von den USA behindert worden, die keine internationale Organisation mit Beteiligung der Ostblockstaaten finanzieren wollten. Stattdessen wurde kurz darauf eine zwischenstaatliche Organisation ins Leben gerufen: PICMME (Provisional Intergovernmental Committee for the Movement of Migrants from Europe), ein Vorläufer der heutigen, intergovernmentalen Internationalen Organisation für Migration (IOM).

Long weist darauf hin, dass die IOM bis heute Schwierigkeiten hat, eine Balance zwischen staatlichen Interessen an Migrationsmanagement auf der einen

und humanitären Zielen auf der anderen Seite zu finden. Die Vorgeschichte erklärt die fortdauernde Rivalität zwischen ILO und IOM um die Rolle als führende Migrationsorganisation.

Long sieht die frühen Ansätze für ein international verbindliches Flüchtlingsregime nicht als Vorbild, aber als Anregung für eine Alternative zum heutigen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten. Derzeit setzt die Politik vor allem auf Sesshaftigkeit von Flüchtlingen, etwa in Lagern, und schränkt ihre Mobilität zunehmend ein. Ein Beispiel ist die verschärfte Residenzpflicht in Deutschland. Long plädiert dagegen für eine weitsichtigeren Politik, in deren Mittelpunkt nicht Hilfeleistungen, sondern Freiheit und Entwicklung stehen.

Solche Ansätze gibt es schon lange, wie Adèle Garnier (2014) aufzeigt. In den 1980er Jahren vereinbarten UNHCR und ILO eine engere Zusammenarbeit, um die sozioökonomischen Rechte und Integrationsmöglichkeiten von Flüchtlingen besser zu schützen. Die Kooperation intensivierte sich in den folgenden beiden Jahrzehnten; beide Organisationen fühlten sich verstärkt einem rechtebasierten Migrationsansatz verpflichtet. Sie förderten Projekte wie etwa Unternehmensgründungs-Workshops für Frauen in Flüchtlingscamps. In den vergangenen Jahren kam die Zusammenarbeit allerdings weitgehend zum Erliegen, was Garnier auf Ressourcenknappheit, Wettbewerb zwischen den Institutionen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen zurückführt. Auch seien viele Staaten nicht bereit, das Recht auf Arbeit von Flüchtlingen anzuerkennen.

Survival Migration

Der Kampf um Begriffe und Kategorien hat für Millionen Betroffene bedeutende Folgen. Alexander Betts (2010), Direktor des Refugee Studies Centre an der University of Oxford und einer der führenden Flüchtlingsforscher, regt deshalb eine neue Kategorie an: Survival Migration. Dieses Konzept umfasst Menschen, die ihr Herkunftsland aufgrund einer existentiellen Bedrohung verlassen haben, für die



Flüchtlinge erreichen die griechische Insel Lesbos.

sie vor Ort keine Abhilfe finden können. Damit lassen sich laut Betts Lücken im institutionellen und normativen Rahmen für Zwangsmigration füllen.

Er weist darauf hin, dass seit der Entstehung des derzeitigen Flüchtlingsregimes – unter den oben erwähnten spezifischen historischen Umständen – neue Ursachen für Zwangsmigration wie Umweltkatastrophen und fragile oder zusammengebrochene Staaten hinzugekommen seien. Zwar werden laut Betts auf regionaler Ebene teils weiter reichende Schutzgründe definiert, die die Grauzone zwischen ökonomisch motivierter freiwilliger Migration und Flucht betreffen. So nennt beispielsweise die „Cartagena Declaration on Refugees“ der zentral-amerikanischen Staaten aus dem Jahr 1984 eine „schwerwiegende Störung der öffentlichen Ordnung“ als Fluchtgrund. Dennoch hätten viele Menschen auf der Flucht heute nur eingeschränkten Zugang zu internationalem Schutz.

Betts' Konzept der Survival Migration umfasst drei zentrale Elemente. Zum einen befinden sich die Betroffenen außerhalb ihres Herkunftslandes und werden grundsätzlich von der internationalen Gemeinschaft unterstützt. Dieser Punkt ist allerdings diskutabel, denn in Transitländern gilt das oft nicht. Zusätzliche Kategorien wie „Migranten in Notlagen“ (englisch „distress“) oder „Migranten in Krisen(ländern)“ sind daher sinnvoll. Auch fehlt in Betts' Konzept das Sze-

nario, dass Migranten nicht nur in ihren Herkunfts-, sondern auch in Zielländern in Not geraten können. Ein Beispiel sind philippinische Arbeitsmigranten im Irak und in Kuwait.

Bedeutender ist das zweite Element, das auf eine existentielle Bedrohung abhebt. Betts basiert diese auf den Grundrechten, ohne deren Gewähr auch andere Rechte nicht wahrgenommen werden könnten. Dazu zählen der Anspruch auf „basic liberty“, „basic security“ und „basic subsistence“, wobei insbesondere das Letztere von der derzeit gültigen Flüchtlingsdefinition ausgeschlossen werde. Das dritte Element ist schließlich der Verweis darauf, dass Flüchtlinge die existentielle Bedrohung nicht in ihrem Aufenthaltsland beheben können.

Auch wenn das Konzept der Survival Migration teils weit über bestehende Ansätze hinausgeht, sieht Betts keine zwingende Notwendigkeit, neue Institutionen oder Konventionen zu schaffen. Da sein Konzept weniger auf Ursachen als auf Rechte fokussiert, müsse der Schutz dieser Rechte im Mittelpunkt stehen. Er empfiehlt daher einen sogenannten Soft-Law-Ansatz mit Soll- statt Muss-Regeln, um relevante Menschenrechte in einer einheitlichen Richtlinie für Survival Migrants zu schützen. Als Vorbild dienen ihm dabei die UN-Leitlinien für Binnenvertriebene.

Durchaus in Betts' Sinn haben die UN im Oktober Richtlinien zu Menschenrech-

ten an internationalen Grenzen veröffentlicht. Sie regeln die grundlegenden Rechte von Migranten und Flüchtlingen. In Zeiten zunehmender Militarisierung an Grenzen und Diskussionen über Schusswaffeneinsatz ist das wertvoll. ←

Literatur

- Betts, A., 2010:** Survival Migration: A new protection framework. *Global Governance* 16 (3): 361–82.
- Betts, A., 2013:** Survival Migration: Failed governance and the crisis of displacement. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Garnier, A., 2014:** Arrested development? UNHCR, ILO, and the Refugees' Right to Work. *Refuge: Canada's periodical on refugees* 30 (2): 15–25.
- Karatani, R., 2005:** How history separated refugee and migrant regimes: In search of their institutional origins. *International Journal of Refugee Law* 17 (3): 517–41.
- Long, K., 2013:** When refugees stopped being migrants: Movement, labour and humanitarian protection. *Migration Studies* 1 (1): 4–26.

Links

Blog des Netzwerks Flüchtlingsforschung:

<http://fluechtlingsforschung.net/blog/>

Richtlinien zu Menschenrechten an internationalen Grenzen (Recommended Principles and Guidelines on Human Rights at International Borders):

<https://gfmnd2010.wordpress.com/2014/10/23/un-releases-principles-and-guidelines-on-human-rights-at-international-borders-migration/>

Stefan Rother



ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen der Universität Freiburg.
stefan.rother@politik.uni-freiburg.de

Neustart mit Handicap

Zwei neue multilaterale Entwicklungsbanken verändern die Landschaft der internationalen Finanzinstitutionen (IFI). Für die Gründung der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) und der New Development Bank (NDB) gab es mehrere Gründe. Die Schwellenländer signalisierten so ihre Unzufriedenheit über die Stimmrechteverteilung bei den etablierten IFI, und die neuen Banken können ihnen helfen, Infrastrukturlücken zu schließen.

Von Kathrin Berensmann

➔ Im Januar dieses Jahres hat die AIIB mit einem gezeichneten Einlagenkapital in Höhe von 100 Milliarden Dollar in Peking das Geschäft aufgenommen. Ihr größter Anteilseigner ist China mit fast 30 Milliarden Dollar Kapitalbeteiligung. Wichtige Anteilseigner sind aber auch europäische Staaten, wie Deutschland (4,5 Milliarden Dollar), Frankreich (3,4 Milliarden), Britannien (3,1 Milliarden) und Niederlande (1 Milliarde). So signalisiert Europa, dass es die bedeutende Rolle Chinas für Global Governance ernst nimmt. Interessanter-

weise sind aber die USA und Japan nicht dabei.

Im Juli 2015 hat die NDB ihre Arbeit aufgenommen. Sie wurde von den Regierungen der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) mit gleich hohen Kapitalanteilen in Höhe von jeweils 10 Milliarden Dollar ins Leben gerufen. Alle Mitglieder haben entsprechend dasselbe Stimmrecht. Andere UN-Staaten können laut Satzung künftig Mitglied werden. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung der NDB und zur Betei-

ligung von Kreditnehmern (Griffith-Jones 2014).

Das Startkapital der AIIB von 100 Milliarden Dollar ist doppelt so hoch wie das der NDB. Zum Vergleich: Die mit der AIIB vergleichbare Institution der Weltbankgruppe – die International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) – hat ein gezeichnetes Kapital von knapp 212 Milliarden Dollar.

Die beiden neuen Entwicklungsbanken sind unter anderem Ausdruck der neuen Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft, die bisher nicht ausreichend in den bestehenden Internationalen Finanzinstitutionen berücksichtigt werden (Berensmann 2016; Reisen 2015). EU-Mitglieder sind gemessen an ihrer Wirtschaftskraft in den Gremien der etablierten IFI überrepräsentiert. Das gilt besonders für den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank (siehe Beitrag von Fernando J. Cardim de Carvalho in E+Z/D+C e-Paper 2016/03, S. 30 ff.).



K.V. Kamath (links), der erste Präsident der New Development Bank, mit Chinas Finanzminister Lou Jiwei und Shanghais Bürgermeister Yang Xiong (rechts) bei der Eröffnungsfeier des neuen internationalen Finanzinstituts in Shanghai im Juli 2015.

Selbst unter Berücksichtigung der aktuellsten Governance-Reform beim IWF und der IBRD (Weltbankgruppe) haben die EU-Staaten mit rund 27 Prozent noch mehr als doppelt so viele Stimmen wie die fünf BRICS-Staaten mit rund 12 Prozent beim IWF und circa 13 Prozent bei der IBRD. Dabei lag die Wirtschaftsleistung der EU-Staaten laut IWF-Schätzung 2015 sogar unter der der BRICS: Die EU kam demnach auf circa 16,3 Billionen Dollar und die BRICS auf 16,9 Billionen Dollar.

Auch bei der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) verfügen China und Indien nur über relativ kleine Stimmrechtsanteile. China kommt auf 5,5 Prozent und Indien auf 5,4 Prozent. Japan und die USA haben je rund 12,8 Prozent der Stimmrechte, gehören aber nicht zu der Region, in der die ADB Geld vergibt. Bei AIIB und NDB übernehmen China und die anderen BRICS dagegen Führungsrollen.

Große Aufgaben

Die beiden neuen Banken sollen vor allem mit langfristigen Krediten Programme und Projekte finanzieren, die der private Sektor wegen hoher Risiken gar nicht oder nur zu ungünstigen Konditionen finanzieren würde. Obendrein sollen sie wie die etablierten IFI zwei wichtige Servicefunktionen übernehmen: Wissensvermittlung und Koordinierung von internationalem Handeln.

Die AIIB und die NDB haben komparative Vorteile gegenüber anderen Geldgebern. Dank regionalspezifischem Wissen können sie gute Lösungen entwickeln, die örtlichen Gegebenheiten entsprechen. Zudem können sie wie andere öffentliche Entwicklungsbanken mit ihrem Geld zusätzliches privates Kapital für entwicklungspolitische Zwecke mobilisieren.

Ein Schwerpunkt beider Banken soll auf Infrastrukturprojekten liegen. Dabei fokussiert die AIIB besonders auf Stromerzeugung und -übertragung, Verkehr und städtische Bauprojekte. Der schwächelnden Konjunktur in China und anderen Ländern könnten solche Investitionen nötige Wachstumsimpulse geben. Die Unternehmensberatung McKinsey (2014) schätzt die Kosten des urbanen Infrastrukturbedarfs allein für Südostasien 2030 auf 7 Billionen Dollar.

Bislang ist indessen unklar, ob die beiden neuen Banken sich an die Sozial- und

Umweltstandards halten werden, welche die anderen multilateralen IFI sich auferlegen (siehe auch Beitrag von Korinna Horta in E+Z/D+C e-Paper 2016/03, S. 17 ff.). Viele Schwellenländer haben sich bisher immer wieder gegen strenge Auflagen gewehrt. Daher besteht die Gefahr, dass im Wettbewerb der Entwicklungsbanken bestehende Standards in einer Abwärts Spirale aufgeweicht werden. Die Beteiligung westlicher Staaten an der AIIB dürfte dazu beitragen, dieses Risiko einzudämmen (siehe Interview mit Hans-Joachim Fuchtel in E+Z/D+C e-Paper 2016/03, S. 20f.). Einheitliche Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards für alle IFI wären aber sicherlich sinnvoll (Wolff 2015).

Damit die neuen Entwicklungsbanken solvent bleiben, müssen sie ihr Kapital in rentable Projekte und Programme investieren. Der Erfolg kann zwar erst nach einigen Jahren Geschäftstätigkeit beurteilt werden, wichtige Risiken sind aber schon abzusehen.

AIIB und NDB werden einen Schwerpunkt auf Infrastrukturfinanzierung legen, aber solche Vorhaben sind mit vielen Beteiligten und Betroffenen häufig komplex. Zudem generieren sie erst nach vielen Jahren Gewinne, wohingegen die erste Phase besonders risikobehaftet ist (Ehlers 2015).

Unklar ist zudem die Refinanzierungsfähigkeit der beiden neuen Entwicklungsbanken. Die etablierten multilateralen Entwicklungsbanken nehmen an den Kapitalmärkten Geld („Marktmittel“) auf, mit dem sie nichtsubventionierte Kredite für ihre Kunden finanzieren (Langhammer 2014). Dafür ist die Einschätzung ihrer Bonität („Rating“) durch Fachfirmen wie Standard & Poor's relevant. Das Rating bestimmt mit über die Höhe der Zinsen, die für Marktmittel bezahlt werden müssen. Je besser das Rating ist, desto niedriger sind die Zinsen und desto einfacher ist die Refinanzierung.

Ein wesentliches Kriterium für das Rating der Entwicklungsbanken ist das Rating ihrer Mitgliedsländer, den Kapitalgebern. Die Weltbank hat beispielsweise das beste Rating („AAA“) und bekommt Marktmittel entsprechend günstig. Dieses Geld kann sie dann mit geringem Aufschlag an ihre Mitglieder weitergeben.

Die Ratings von NDB und AIIB hängen von verschiedenen Faktoren ab. Je

höher der Anteil der Kapitalgeber mit hohem Rating ist, desto besser wird ihr Rating ausfallen. Unter den BRICS-Ländern hat aber nur China ein Rating („AA-“ von Standard & Poor's), das relativ günstige Mittelbeschaffung ermöglichen würde. Die NDB wird sich also mit der Refinanzierung schwerer tun als die etablierten IFI.

Die AIIB, die mehrere Mitglieder mit guten Ratings hat, wird besser dastehen – aber auch sie wird höhere Refinanzierungskosten haben als etwa die Asiatische Entwicklungsbank, deren große Anteilseigner aus den OECD-Ländern über gute Länder-Ratings verfügen. Als relevant kann sich aber bei beiden neuen Instituten auch noch erweisen, dass China immense Devisenreserven hat, welche Peking ihnen zur Verfügung stellen könnte (Berensmann 2016).

Sicherlich werden beide neuen Entwicklungsbanken dazu beitragen, den hohen und bisher bei weitem nicht gedeckten Finanzierungsbedarf für Investitionen in öffentliche Güter in Schwellen- und Entwicklungsländern zu decken – besonders in der Infrastruktur. Wie erfolgreich sie das tun werden, bleibt aber abzuwarten. ←

Quellen

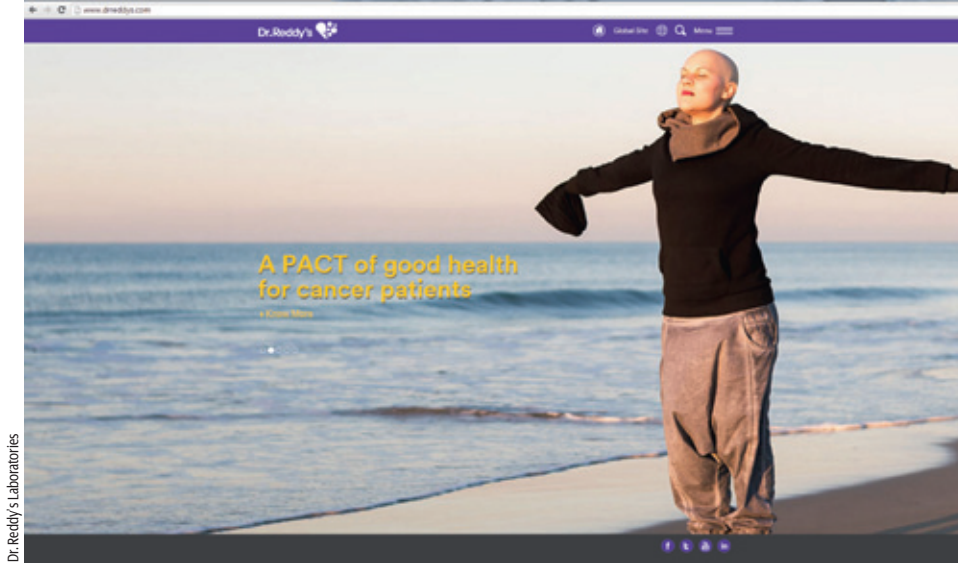
- Berensmann, K., 2016:** Chancen und Risiken der neuen multilateralen Entwicklungsbanken. *Diplomatisches Magazin* 4/2016, April.
- Ehlers, T., 2014:** Understanding the Challenges for Infrastructure Finance. Bank for International Settlements, Monetary and Economic Department, August 2014, Basel.
- McKinsey Global Institute, 2014:** Southeast Asia at the crossroads: Three paths to prosperity.
- Griffith-Jones, S., 2014:** A BRICS Development Bank: A Dream Coming true?, UNCTAD Discussion Paper No. 215, March 2014, Geneva.
- Langhammer, R. J., 2014:** Ein klares Signal ... aber nicht viel mehr: Der BRICS-Bank fehlt noch ein Geschäftsmodell. In: *Internationale Politik*, Heft 9/10, S. 88–91. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.
- Reisen, H., 2015:** Die Entwicklungsbanken der Schwellenländer und die multilaterale Finanzarchitektur. *Wirtschaftsdienst*, Springer Heidelberg, Band 95, Heft 4, S. 272–279.
- Wolff, P., 2015:** Zu viel Wirbel um Chinas neue Entwicklungsbank. *German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)*, Die aktuelle Kolumne, 23. 03. 2015.

Kathrin Berensmann



ist Ökonomin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik.

kathrin.berensmann@die-gdi.de



Die Website des indischen Pharmaherstellers Dr. Reddy's Laboratories www.drreddys.com zielt auf Europa und Nordamerika.

Multinationale Konzerne

Apotheke der Welt

Indische Pharmaunternehmen versorgen Entwicklungsländer mit erschwinglichen Medikamenten und tragen auch dazu bei, Kosten in reichen Ländern zu dämpfen. Die Branche gewinnt weiter an Stärke.

Von Deepak Sapra

➔ Ayurveda und Yoga sind uralte Gesundheitstraditionen, die Indien der Welt gegeben hat. Das Land trägt mit alternativen Heilmethoden, gut ausgebildeten Ärzten und Krankenschwestern zur internationalen Gesundheitsversorgung bei. Obendrein kommen Hunderttausende Patienten aus aller Welt für günstige und kompetente Behandlung hierher.

Den wichtigsten Beitrag zur weltweiten Gesundheitsversorgung leistet aber heute die indische Pharmaindustrie. Ihre Medikamente sind in fast jedem Land der Welt zu finden. Indische Hersteller fertigen Rezepturen für Abnehmer weltweit an und verkaufen zudem aktive Wirkstoffe an andere Pharmafirmen. Zugleich leisten indische Firmen wichtige Dienste bei der Entwicklung neuer Medikamente, bis hin zum klinischen Test. Sie sind längst selbst auf innovativen Feldern tätig, wie etwa den Biosimilars, die biologische Wirkstoffe nachahmen.

Die Arzneibesorgung der meisten Entwicklungsländer hängt von Indien ab, wie folgende Daten belegen:

- In Entwicklungsländern stammen 70 bis 90 Prozent der lebenswichtigen Medikamente aus Indien.

- UNICEF beschafft die Hälfte seiner Arzneien für Entwicklungsländer in Indien.
- 80 Prozent der antiretroviralen Aids-Mittel, die Ärzte ohne Grenzen in
- 30 Ländern verwenden, sind indischer Herkunft.

Die Gesundheitsversorgung für 80 Prozent der Menschheit hängt von Indien ab. Dank indischer Hersteller sind zudem die Kosten der Aids-Behandlung von 50 Dollar pro Patient und Tag auf einen Dollar gesunken, so dass nun Millionen Menschen die lebensverlängernden Mittel, die sie brauchen, auch bekommen.

Ein Fünftel aller generischen Medikamente wird in Indien gefertigt. „Generisch“ sind Pharmaka, die mit Markenprodukten chemisch identisch sind. Sie können gefertigt werden, sobald der Patentschutz erlischt oder wo dieser nicht greift.

Wirkung auf Industrieländer

Indische Pharmafirmen gewinnen auch für die reiche Welt an Bedeutung. Sie gelten nun als „Rückgrat des Gesundheitssystems der USA“, weil dort 40 Prozent der

generischen Mittel aus Indien stammen. Viele grundlegende, lebensrettende Arzneien wären heute in Nordamerika und Europa knapp, wenn Indien sie nicht liefern würde – das gilt auch für innovative Krebsmittel.

Gemessen an der Zahl der Medikamentendosierungen, ist Indiens Pharmaindustrie mittlerweile die drittgrößte weltweit. Was den Umsatz angeht, steht sie auf Rang 14. Im Finanzjahr 2013/14 wurden in Indien Pharmaka im Wert von 16,4 Milliarden Dollar abgesetzt. Der Wert der Ausfuhren belief sich auf weitere 15,6 Milliarden Dollar. Das Land versorgt sich heute selbst – und obendrein einen großen Teil der Welt. Drei interessante Exporttrends sind:

- Im Finanzjahr 2013/14 gingen 34 Prozent der indischen Pharmaausfuhren in die USA, 26 Prozent nach Europa und 20 Prozent nach Asien.
- Die Ausfuhren nach Afrika haben von 2009/10 bis 2013/14 mit einer kumulierten jährlichen Wachstumsrate von 21 Prozent rasant zugelegt – wobei Malaria- und antiretrovirale Medikamente am wichtigsten waren.
- Indien produziert 60 Prozent der Impfstoffe weltweit und exportiert sie in 150 Länder.

Zur Nachfrage nach indischen Pharmaprodukten tragen mehrere Faktoren bei. Die Regierungen der Industrieländer müssen ihre Haushalte sanieren und die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, die vor allem von teuren Markenpräparaten ange-

trieben wird, stoppen. Entwicklungsländer brauchen erschwingliche Arzneimittel. Zudem altern viele Gesellschaften, so dass mehr Krankheiten behandelt werden müssen.

In diesem Kontext sind indische Generika wichtig. Aber auch Forschung und Entwicklung sind in Indien recht kostengünstig. Der Aufwand beträgt oft nur 20 bis 30 Prozent von dem, was in den USA nötig wäre. Da die Innovationskraft der etablierten Pharmamultis nachgelassen hat, ist ihr Kostenbewusstsein gewachsen. Indien verfügt über viele hochqualifizierte und begabte Fachleute. Jedes Jahr schließen 700 000 Naturwissenschaftler und Ingenieure ihr Studium ab.

Branchenbeobachter sagen, die indische Pharmaindustrie müsse sich noch wichtigen Aufgaben stellen. Sie halte zum Beispiel den Schutz geistigen Eigentums nicht ausreichend ein. Allerdings entspricht das indische Patentrecht heute vollständig dem Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über Trade-

Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS). Wichtig ist auch, dass die WTO Regierungen erlaubt, Patente zu brechen und Herstellungslizenzen zu erteilen, wenn das für die Gesundheitsversorgung nötig ist (siehe Kasten unten).

Kritiker klagen, Indien habe einige Patentanträge abgelehnt. Diese waren aber fadenscheinig und bezogen sich auf bereits bekannte Mittel. Indien hat mittlerweile hunderte Pharmapatente ausländischer Multis anerkannt, und auch die Rechtsdurchsetzung wird effektiver. Insgesamt ist der Schutz intellektuellen Eigentums in Indien sicherlich besser als sein Ruf.

Qualitätsmanagement ist ein weiterer Kritikpunkt. Allerdings spiegeln Pharmaregulierungen weltweit zunehmend die Standards der USA und der EU wider. Indische Hersteller müssen diese globalen Normen erfüllen. Die Behörden vieler Länder – etwa der USA, der EU, Brasiliens, Australiens, Mexikos, Russlands und Südafrikas – erkennen die Arbeit einer wach-

senden Zahl indischer Pharmabetriebe an. Diese sind offensichtlich auf einem guten Weg.

In den vergangenen 30 Jahren ist Indien zur Apotheke der Welt geworden. Die Pharmaindustrie wird immer leistungsfähiger. Anfangs lieferte sie nur Wirkstoffe, dann Generikarezepturen und mittlerweile auch anspruchsvolle Spezialarzneien. Die Firmen wollen weltweit mit Regierungen, internationalen Organisationen, anderen Pharmaunternehmen und Gesundheitsdienstleistern kooperieren. Ihr Ehrgeiz ist nicht nur, Kosten zu senken, sondern ebenso, höchste Qualität zu erreichen. Hochanspruchsvolle Arzneimittel müssen einer immer größeren Zahl von Menschen weltweit zugänglich gemacht werden. Darauf kommt es an. ←

Deepak Sapra



ist als Vice President der Pharmafirma Dr. Reddy's Laboratories im Exportgeschäft tätig.

deepaksapra@drreddys.com

Eine kurze Geschichte der indischen Pharmaindustrie

Die indischen Pharmaunternehmen wurden über Jahrzehnte aufgebaut. Regierungshandeln war hilfreich. Die Öffentlichkeit der Industrieländer wurde auf die Firmen aufmerksam, als die Firma Cipla um den Jahrtausendwechsel herum Südafrika mit Generika wichtiger Aids-Mittel beliefern wollte. Seinerzeit sah indisches Recht keinen Patentschutz für Arzneimittel, sondern nur für Herstellungsmethoden vor. Entsprechend hatten indische Hersteller gelernt, international gehandelte Medikamente auf neue Weise herzustellen.

Besonders wichtig wurde das, als der Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) 2001 in Doha Regierungen erlaubte, trotz bestehenden Patentschutzes Firmen Lizenzen zur Generikaherstellung zu erteilen, wenn die Gesundheitsversorgung das erfordert. Sie dürfen Generika in solchen Fällen auch importieren. Indische Firmen standen bereit.

Heather L. Taylor hat die Geschichte der indischen Pharmapolitik skizziert (in: Nölke, 2014: Multinational companies

from emerging markets, siehe Rezension aufsatz in E+Z/D+C e-Paper 2016/01, S. 38 f.). Nach der Unabhängigkeit dominierten ausländische Unternehmen den Arzneimittelmarkt. Deren Preise waren aber so hoch, dass die Regierung aktiv wurde. Ihr Patentgesetz von 1970 schützte nicht Produkte, sondern nur Herstellungswege. Sie gründete staatliche Pharmafirmen und investierte in Hochschulen und Forschungsinstitute.

Taylor zufolge hatten indische Hersteller bereits 1982 im eigenen Land einen Marktanteil von rund 50 Prozent. Die ausländische Konkurrenz verlor das Interesse an Indien, und heimische Firmen kauften nach und nach deren indische Töchter. Auch Privatunternehmen wuchsen auf diese Weise.

In den 1990er Jahren und besonders nach der Jahrtausendwende wandelte sich die Politik. Das Ziel war nun die Weltmarktintegration. Mittlerweile schützt das indische Patentrecht deshalb Produkte. Die Regierung ermutigt die Unternehmen zu internationalen Partnerschaften. Diese haben

in internationalen Wertschöpfungsketten Fuß gefasst. Anfangs lieferten sie nur Wirkstoffe, doch mittlerweile bieten sie auch komplette Servicepakete für Forschung und Entwicklung an. Taylor betont, staatliche Forschungsinstitute seien weiterhin wichtig für die Ausbildung von hochqualifiziertem Personal und die Vermittlung von Wissen.

Taylor Urteil zufolge reguliert die Regierung den Markt weiterhin auf Weisen, die der heimischen Industrie nutzen. Das gelte vor allem mit Blick auf Arzneimittelpreise oder den Patentschutz für innovative Mittel zur Behandlung in Indien verbreiteter lebensbedrohlicher Krankheiten. Zugleich hält sie fest, dass indische Firmen immer weiter in Hightech-Felder vorstoßen, wo höhere Profite als im Generikageschäft winken. Andererseits unterliegen die meisten Medikamente, die die Weltgesundheitsorganisation für lebenswichtig hält, keinen Patenten mehr. Der weltweite Generikamarkt ist entsprechend riesig. (dem)

Tribüne

Sozialer Sprengstoff

Steigende Preise für Erdöl, Metalle und Agrarprodukte hatten vielen Schwellen- und Entwicklungsländern ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum beschert. Mit dem Rückgang der Rohstoffpreise treten aber wieder alte Strukturprobleme zu Tage.

Von Nassir Djafari

Ihren Höhepunkt erreichten die Preise für Rohstoffe 2011. Seither sind sie um 50 bis 60 Prozent gesunken und werden wohl auch in den kommenden Jahren auf niedrigem Niveau bleiben. Betrug der Preis für ein Barrel der Referenzsorte Brent im Juni 2014 noch 115 Dollar, so lag er Ende Februar 2016 nur noch bei rund 37 Dollar.

Je abhängiger ein Land von Rohstoffexporten ist, desto dramatischer wirkt sich der Preisrückgang aus. So hängen beispielsweise gut 95 Prozent der Gesamtausfuhren Nigerias vom Erdöl ab. Zahlreiche Länder weisen eine ähnlich einseitige Ausrichtung auf. Ihr Wirtschaftswachstum ging in den vergangenen zwei bis drei Jahren zurück. Mit der aktuellen Stärke des US-Dollars verschärft sich ihre Lage zusätzlich. Reihenweise werteten die nationalen Währungen der Rohstoffexportländer ab. Eine der Folgen ist die Verteuerung der Importe und die Zunahme der Inflation. Sowohl die Staaten als auch nationale Unternehmen sind in erheblichem Maße in US-Dollar verschuldet. Mit der Abwertung der nationalen Währungen wird der Schuldendienst erheblich erschwert.

Debatte

Um ihre Währungen vor weiterer Abwertung zu schützen, sind die Zentralbanken zahlreicher Rohstoffexportländer dazu übergegangen, den Leitzins zu erhöhen. Darüber hinaus versuchen sie, durch den Kauf von Devisen ihre eigene Währung zu stützen. Beides hat Folgen: Die Leitzinsanhebung erhöht die Finanzierungskosten für die einheimische Wirtschaft, und die Devisenmarktinterventionen lassen die für Schuldendienst und Importe dringend benötigten Fremdwährungsreserven schrumpfen. Angesichts der verschlechterten Rahmenbedingungen ist es nicht verwunderlich, dass sich Investoren zurückhalten.

Für die Masse der Bevölkerung bedeutet dies weniger Beschäftigung und Einkommen bei höheren Lebenshaltungskosten. Aber das ist noch nicht alles: Da die Einnahmen des Staates drastisch zurückgehen, gehen nahezu alle diese Länder dazu über, ihre öffentlichen Ausgaben zu kürzen. Beispielsweise benötigt Saudi-Arabien für einen ausgeglichenen Staatshaushalt einen Ölpreis von 100 Dollar pro Barrel. Arme Bevölkerungsgruppen bekommen dies unmittelbar zu spüren, denn es werden etwa Sozialprogramme, Subventionen sowie Ausgaben für Bildung und Gesundheitsversorgung gekürzt.

Die politischen Risiken für einige Länder sind nicht zu unterschätzen. Regime wie die Ölmonarchien im Nahen Osten haben bisher die Unterstützung oder zumindest das Stillhalten ihrer eigenen Bevölkerung durch umfangreiche Sozialtransfers erkaufte – dieser „Ölpakt“ könnte nun gefährdet sein. Länder wie Nigeria, die unter internen Bürgerkriegen oder Terrorismus leiden, müssen fürchten, dass die Unzufriedenheit der Menschen wächst. Wacklige Regime wie in Venezuela könnten endgültig zu Fall gebracht werden. Manche Regierungen wie die Russlands oder Saudi-Arabiens versuchen durch eine aggressivere Außenpolitik in der eigenen Bevölkerung wieder Boden gut zu machen. Die neue Mittelschicht, die unter anderem in Südamerika während der Jahre des Rohstoffbooms entstanden ist, könnte sich angesichts der geringeren Verteilungsspielräume um ihren mühsam errungenen sozialen Aufstieg betrogen fühlen.

Die zu Grunde liegenden Probleme sind struktureller Art und erfordern entsprechende Lösungen. Rohstoffökonomien sind in mehrerer Hinsicht verletzlich. Zum einen sind Mineralien ebenso wie fossile Energieträger endlich und stehen in den meisten Ländern nur noch



Nigeria ist vom Ölexport abhängig: Arbeiter auf einer Bohrinsel am Nigerdelta.

wenige Jahrzehnte zur Verfügung. Zum anderen sind Rohstoffpreise schwankend und schwer vorhersehbar. Die Diversifizierung der Wirtschaft ist unverzichtbar. Gleichwohl hat im Zeitraum von 1995 bis 2013 die Abhängigkeit der Länder von Öl-, Gas- oder Metallexporten überwiegend zugenommen.

Fortschritte wurden bei der Einführung einer antizyklischen Fiskalpolitik, wie der stärkeren Besteuerung des Nicht-Rohstoffsektors (Iran, Mexiko) oder der Einführung einer mittelfristigen Finanzplanung und strikter Haushaltsregeln (u.a. Kolumbien) erzielt. Mehrere Länder haben Stabilitätsfonds angelegt, die aus den Extraeinnahmen in Hochpreisphasen gespeist werden und in Zeiten des Abschwungs als Puffer dienen können. In Zeiten abnehmender Staatseinnahmen ist es zugleich notwendig, die Effizienz und Effektivität öffentlicher Ausgaben zu verbessern, um den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht zu gefährden. Gelingen wird dies allerdings nur durch den Aufbau verlässlicher und rechenschaftspflichtiger Institutionen. ←

Nassir Djafari

ist ehemaliger KfW-Ökonom und freier Autor.



nassir.djafari@gmx.de

Rohstoffkonflikte

Im März hat Myanmars neues Parlament Htin Kyaw zum nächsten Präsidenten des Landes gewählt. Er ist ein enger Vertrauter der Demokratie-Ikone Aung San Suu Kyi und der erste zivile Staatschef seit den 1960er Jahren. Myanmar steht allerdings vor großen Problemen. Konflikte um Rohstoffe und mit ethnischen Minderheiten gehören zu den größten Herausforderungen. Wie die neue Führung sie meistert, entscheidet wesentlich über ihren Erfolg.

Von Mirco Kreibich

Im vergangenen November fanden in Myanmar die ersten freien und fairen Wahlen seit einem Vierteljahrhundert statt. Aung San Suu Kyi und ihre National League for Democracy (NLD) trugen einen überwältigenden Sieg davon (siehe hierzu auch Artikel von Ellen Thalman in E+Z/ D+C 2016/03, S. 10). Die internationale Gemeinschaft jubelte: Ziel erreicht. Thema erledigt. Die Realität in Myanmar ist aber viel komplizierter. Suu Kyi hat einen langen, steinigen Weg vor sich, und es ist keinesfalls sicher, dass sie ihn erfolgreich bewältigt.

Der Erfolg ihrer Regierung hängt zu großen Teilen davon ab, ob es ihr gelingt, a) das Land zu befrieden, das 70 Jahre lang unter bewaffneten Aufständen ethnischer Gruppen gelitten hat, und b) die Wirtschaft auf nachhaltigere und gerechtere Weise zu entwickeln. Dabei spielt Myanmars Reichtum an natürlichen Ressourcen wie Öl, Gas, Edelsteine, Wasser, Holz und Land eine große Rolle. Mit kluger Realpolitik muss Suu Kyi in den kommenden Jahren mächtige, gegensätzliche Interessen in Bezug auf diese Rohstoffe ausbalancieren.

Zum einen hat die Armee nach wie vor viele Fäden in der Hand. Abgesehen

von in der Verfassung verankerter Macht, besitzt sie auch viele große Unternehmen. Ehemalige Generäle und Geschäftsleute, die den Militärs nahestehen, haben die Kontrolle über viele Rohstoffe des Landes. Allein in den Jadevorkommen steckt ein Vermögen von möglicherweise hundert Milliarden Dollar oder mehr.

Zum anderen gehört Myanmar weltweit zu den Ländern mit den meisten ethnischen Minderheiten. Viele Ressourcen liegen in den Gebieten dieser Minderheiten. Die Junta hat die Rohstoffe ohne Rücksicht auf die Bewohner – die den natürlichen Reichtum als ihr Eigentum ansehen – ausgebeutet. Heute werden die Friedensverhandlungen von Fragen ethnischer Identität, kulturellen Erbes und der Entscheidungsgewalt beherrscht. Ich denke aber, dass letztlich die Wirtschaft darüber entscheidet, ob es zu einem dauerhaften Frieden kommt oder nicht.

Ein dritter wichtiger Punkt ist Myanmars große geopolitische Bedeutung, vor allem für China. Das südostasiatische Land ist ein wichtiger Bestandteil von Chinas Seidenstraßeninitiative „One belt, one road“. Es bietet direkten Zugang zum

Indischen Ozean und damit die Möglichkeit, die teure und gefährliche Handelsroute durch die Straße von Malakka zu meiden. China investiert in großem Stil in Wasserkraft, in eine Pipeline, den Edelsteinabbau und große Infrastrukturprojekte. Dass Präsident Thein Sein den Bau des Myitsone-Staudamms 2011 nach starken Bürgerprotesten stoppte, war ein herber Rückschlag. Das Kraftwerk, ein Joint Venture mit China, sollte eine Kapazität von 6 000 Megawatt haben.

Erbe schlechter Regierungsführung

Suu Kyi muss sich nun mit Megaprojekten zur Nutzung natürlicher Ressourcen aus der Zeit der Militärregierung herumschlagen, die ebenso schlecht ausgeführt wie geplant sind. Die Junta schloss undurchsichtige Hinterzimmer-Deals mit ausländischen Partnern. Diese Projekte haben mehrere Gemeinsamkeiten:

- eine nahezu vollständige Intransparenz der Verträge,
- gar keine oder keine ernsthaften Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen (ESIA),
- keine ernsthafte öffentliche Beteiligung und
- Zwangsentziehung und -umsiedlung von Bauern ohne adäquate Entschädigung.

Konflikte um natürliche Ressourcen sind sehr explosiv und bergen die Gefahr, dass eine der Interessengruppen untergebettert wird. Die NLD wird sich die Projekte wahrscheinlich einzeln vornehmen und entscheiden müssen, ob ein Kompromiss möglich ist, ob Projekte neu verhandelt und ernsthafte ESIA und öffentliche Beteiligung vorgenommen werden können oder ob sie das Risiko eingehen muss, eine der Interessengruppen zu verprellen – indem sie ein Projekt entweder vorantreibt oder streicht. Schneller Zugang zu relevanten Informationen ist ebenso wichtig wie exzellente technische und rechtliche Unterstützung. Hier könnte die EU eine wichtige Rolle spielen. ←

Mirco Kreibich



wurde im Juli 2015 der erste Landesdirektor der Heinrich-Böll-Stiftung in Myanmar.

mirco.kreibich@mm.boell.org



Jadeabbau in Kachin State in Nordmyanmar.

Test der Glaubwürdigkeit

Schon seit Jahren fordern Nichtregierungsorganisationen, dass Deutschland 0,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zur Verfügung stellt. Das Thema ist zäh und schwierig. Es geht nicht nur um Geld, sondern auch um Glaubwürdigkeit und die notwendige entwicklungspolitische Kohärenz der gesamten Politik.

Von Bernd Bornhorst

In der aktuellen Weltlage ist es dringlicher denn je, dass Deutschland sein jahrzehntealtes 0,7-Prozent-Versprechen einlöst. 795 Millionen Menschen leiden akut an Hunger, 1,3 Milliarden Menschen leben in extremer Armut, 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht, und die Folgen des Klimawandels sind immer deutlicher zu spüren. Mehr entwicklungspolitisches Engagement ist auf allen Ebenen notwendig.

Die Bundesregierung bekennt sich immer wieder zum 0,7-Prozent-Ziel. Wohlmeinende Versprechen reichen aber nicht. Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Entwicklungspolitik werde gestärkt, stimmen uns positiv. Wenn die Regierung das 0,7-Prozent-Ziel ernst nehmen will, brauchen wir aber einen verbindlichen Zeitplan zu dessen Erreichung.

Eine aktuelle Studie des zivilgesellschaftlichen Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) zeigt, dass die bisherigen Pläne der Bundesregierung nicht reichen. Die Mittelsteigerungen im letzten Jahr waren positiv, aber die zugesagten 8,3 Milliarden Euro bis 2019 sind nicht genug. Es sind weitere 15,2 Milliarden Euro nötig, um das 0,7-Prozent-Ziel 2020 zu erreichen.

15,2 Milliarden Euro sind viel Geld. Im Vergleich zu 50 Milliarden Steuermitteln, die die Bankenrettung gekostet hat, erscheint die Summe allerdings gar nicht so hoch. Die Bundesregierung muss sich letztlich entscheiden, wie viel ihr globale Gerechtigkeit wert ist. Um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen, wäre eine Steuer auf Finanztransaktionen nützlich. VENRO begrüßt die deutsche Position, die Steuer gemeinsam mit zehn weiteren EU-Mitgliedern einzuführen und möglichst weitere hinzuzugewinnen.

VENRO spricht sich aber dagegen aus, die Kosten für Schutzsuchende in Deutschland auf EZ anzurechnen. Die Versorgung der Flüchtenden darf nicht gegen die Unterstützung armer Menschen im globalen Süden ausgespielt werden. Die Ausgaben für geflüchtete Menschen



Indigene Frauen im peruanischen Hochland: Die ärmsten Menschen in Entwicklungsländern haben nichts davon, wenn in Deutschland Geld für Flüchtlinge ausgegeben wird.

in Deutschland sind wichtig und müssen steigen – sie helfen den benachteiligten Weltregionen aber nicht bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Um dort positive Veränderungen herbeizuführen, bedarf es konkreter Projekte vor Ort, die langfristigen Wandel bewirken. Dafür ist eine starke und langfristige Finanzierungsgrundlage notwendig, und Deutschland muss dazu beitragen.

Darüber hinaus muss die Bundesregierung eine faire und kohärente Wirtschafts-, Handels- und Außenpolitik betreiben. Es geht darum, die Globalisierung gerecht zu gestalten. Viele Menschen, die sich auf den Weg nach Europa machen, flüchten nicht nur vor Krieg und Gewalt, sondern auch vor Perspektivlosigkeit. In den Flüchtenden begegnen wir häufig den Verlierern einer Globalisierung, die wir bisher vor allem zu unseren Gunsten gestaltet haben.

Globalisierung gerechter gestalten bedeutet auch, unser eigenes Wirtschafts- und Lebensmodell zu verändern. Nutzen können wir dabei die Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals, die 193 Staaten – darunter auch Deutschland – voriges Jahr verabschiedet haben. Zu den Zielen zählen unter anderem: weltweit den Hunger zu überwinden, extreme Armut zu beseitigen, Geschlechtergerechtigkeit zu schaffen, zu nachhaltigerer Produktions- und Konsumweise überzugehen und den Schutz der Biodiversität zu verbessern.

Die Agenda 2030 gilt für alle Länder gleichermaßen. Auch in Deutschland muss sich einiges ändern. Globale Herausforderungen können nur global und kooperativ gelöst werden.

Unsere Generation hat die Möglichkeit und die Pflicht, einen Weg einzuschlagen, der Armutsbekämpfung, Gerechtigkeit, Umweltschutz, Frieden und Sicherheit ins Zentrum stellt. Wir verfügen über die notwendigen finanziellen und technischen Voraussetzungen. Ein verbindlicher Zeitplan zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels wäre in diesem Kontext ein wichtiger Schritt und ein Glaubwürdigkeitstest für die Bundesregierung. ←

Link

VENRO-Studie: Die Entwicklung der ODA-Quote bis 2020: Wie aus Anspruch Realität werden kann.
http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO_Studie_ODA.pdf

Bernd Bornhorst



ist der Vorsitzende von VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe).

b.bornhorst@venro.org

Herausforderung für Asien

Bangladesch erlebt einen enormen Zuzug von Flüchtlingen der Volksgruppe der Rohingya aus Myanmar. Ihre Not ist eine Herausforderung für ganz Süd- und Südostasien.

Von **Ridwanul Hoque**

Die Rohingya sind eine Minderheit in Myanmar und vielleicht die am meisten verfolgte Volksgruppe der Welt. Die Regierung von Myanmar entzog den Rohingya 1982 die Staatsbürgerschaft. Offiziell gelten sie als Bengalen, die während der britischen Herrschaft in Bangladesch nach Myanmar emigriert sind. Die Rohingya leben in Arakan, dem früheren Rohang, im Bundesstaat Rakhine.

Ihre Muttersprache ist nicht Birmanisch, sondern sie sprechen einen Dialekt des Bengalischen, der so ähnlich auch in Chittagong in Südost-Bangladesch nahe der Grenze zu Myanmar gesprochen wird. Wie die Bangladescher sind die Rohingya mehrheitlich Muslime, während Myanmar vorwiegend buddhistisch geprägt ist.

Nach Ansicht der Regierung von Myanmar gehören die Rohingya nicht in ihr Land. Sie stehen nicht auf der Liste der 137 anerkannten ethnischen Minderheiten und sind keine Staatsbürger. Dabei leben die Rohingya seit 70 Jahren in Rohang/Arakan und besaßen seit der Unabhängigkeit 1948 bis zum Jahr 1982 die myanmarische Staatsbürgerschaft.

Seit den 70er Jahren flohen zahlreiche Rohingya von Myanmar nach Bangladesch, um der systematischen Verfolgung durch die Behörden und durch die buddhistische Bevölkerung zu entgehen.



Anfang der 90er Jahre folgte eine zweite massive Fluchtbewegung: 254 000 Rohingya flohen damals nach Bangladesch. Die meisten von ihnen – rund 234 000 – wurden nach Myanmar zurückgeschickt.

Seit 2012 hat die Verfolgung der Rohingya wieder zugenommen. Studien zufolge kann von einem schleichenden Völkermord gesprochen werden. Weil das Leben für sie in Myanmar zunehmend unerträglich wird, flüchten immer mehr Rohingya ins Ausland. Die meisten von ihnen passieren zunächst die Nordwestgrenze nach Bangladesch, um von dort in andere Länder weiterzuziehen. Andere fliehen in Richtung Süden nach Thailand und versuchen Malaysia, Singapur oder Indonesien zu erreichen.

Die Regierung von Bangladesch bleibt untätig und begründet dies mit nationalen Sicherheitsinteressen und fehlenden Mitteln. Rund 33 000 registrierte Flüchtlinge siechen in Bangladesch in Lagern dahin, und weitere 300 000 bis 500 000 unregistrierte Rohingya leben nach offiziellen Schätzungen anderswo im Land.

Reisen sie von Bangladesch aus weiter, verschleiern die meisten Rohingya ihre Identität. Nach einer Schätzung vom vergangenen Jahr halten sich rund 50 000 Rohingya mit gefälschten bangladeschischen Papieren in anderen Staaten auf. Meist wissen ihre Arbeitgeber allerdings über ihre Staatenlosigkeit Bescheid, was sie leicht zu Opfern von Ausbeutung macht.

Die Not der Rohingya wirkt sich zugleich negativ auf Migranten aus Bangladesch aus, die mit den Staatenlosen um Arbeitsplätze in der Golfregion oder in Malaysia, Singapur und Indonesien konkurrieren. Dass die Rohingya oftmals äußerst niedrige Löhne akzeptieren, hat Folgen für Bangladescher, die sich dann zu ebenso schlechten Arbeitsbedin-

gungen einstellen lassen und die Missachtung grundlegender Menschenrechtsstandards hinnehmen müssen.

Aus historischer Sicht und mit Blick auf internationale Vereinbarungen und Standards bedeutet die Verweigerung der Staatsbürgerschaft eine schwere Menschenrechtsverletzung an den Rohingya. Fast immer sind Rohingya Migranten ohne legale Papiere. Schon allein dadurch werden diese glücklosen, verlassen Menschen ihrer Menschenwürde und ihrer Menschenrechte beraubt. Hinzu kommt, dass die Rohingya-Flüchtlinge Rakhine und Bangladesch oftmals über gefährliche Routen verlassen – da sie keine Pässe haben, bleibt ihnen keine andere Wahl.

Ihre Staatenlosigkeit in Myanmar und ihr Flüchtlingsstatus in Bangladesch und anderen Ländern sind eine Herausforderung für die Staaten Süd- und Südostasiens. Auch Indien, das eine 4000 Kilometer lange Grenze mit Bangladesch teilt, ist davon berührt. Alle betroffenen Staaten müssen bei der Lösung des Problems zusammenarbeiten.

Die südostasiatische Staatengemeinschaft ASEAN müsste dabei eine Führungsrolle einnehmen. Im vergangenen Jahr hatten die ASEAN-Parlamentarier für Menschenrechte (APHR), eine aus Abgeordneten und anderen Persönlichkeiten bestehende Gruppe, die ASEAN-Mitglieder aufgefordert, Druck auf Myanmar's Regierung auszuüben – obwohl sich die Staaten verpflichtet haben, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen (siehe Artikel von Katja Dombrowski in E+Z/D+C e-Paper 2015/12, S. 4f.). Sie riefen zu einer bindenden Flüchtlingskonvention der ASEAN-Staaten auf. Bangladesch ist kein ASEAN-Mitglied, aber seine Regierung sollte mit der Organisation zusammenarbeiten und sich der Herausforderung stellen. ←

Ridwanul Hoque



ist Professor für Rechtswissenschaften an der Universität von Dhaka und lehrt gerade als Gastdozent an der La Trobe University in Melbourne, Australien.
ridwandulaw@gmail.com

Realpolitik ohne Begeisterung

Im März hat die EU ein Abkommen mit der Türkei geschlossen, um den Zustrom von Flüchtlingen zu begrenzen. Der zentrale Punkt des umfangreichen Pakets ist, dass alle irregulär in Griechenland ankommenden Flüchtlinge in die Türkei zurückgebracht werden, sofern sie dort nicht verfolgt und nicht rechtswidrig behandelt werden. Pro abgewiesener Person verpflichtet sich die EU, einen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufzunehmen – maximal aber 72 000. Außerdem sollen die Finanzhilfen für die Türkei aufgestockt, die Beitrittsverhandlungen dieses Landes mit der EU wieder aufgenommen und türkischen Bürgern visafreie Einreise in die EU gewährt werden. Europäische Zeitungen äußern sich skeptisch darüber, ob die Probleme so gelöst werden:

Il Sole 24 Ore, Mailand

Die europäische Quote bedeutet, dass die Zahl der täglich Ankommenden auf 200 reduziert werden muss – von derzeit 1100 und sogar 2000 vor nur zwei Monaten. Das

soll die Türkei leisten. Damit das Abkommen nicht scheitert, muss sie mit den 40 Küstenwachschiffen, die sie derzeit hat, 2600 Kilometer Ägäis-Küste kontrollieren. Das wird praktisch unmöglich sein, es sei denn, sie hält die Flüchtlinge ganz

von der Küste fern und macht ihre Repression zu einem schlimmeren Albtraum als der Bürgerkrieg, dem die Fliehenden entkommen sind. Gemessen an der realen Zahl von 144 000 seit Jahresanfang, ist die europäische Quote alles andere als eindrucksvoll. (...) Die Türkei wird zwar zum Polizisten des Eingangs nach Europa, aber den Schlüssel dazu bekommt sie nicht. Sie versucht ihm aber näher zu kommen. Wenn das Land 72 Bedingungen erfüllt, werden seine Bürger Ende Juni mit Visa-Liberalisierung belohnt. (...) Die Europäer wetten insgeheim, dass Ankara in seinem Spurt zur Visumfreiheit, die nur wenige EU-Mitglieder wollen – und Frankreich bestimmt nicht –, straucheln wird. Zypern ist derweil jederzeit bereit, ein Veto gegen den Beitritt der Türkei zur Union zu erheben. Merkel und ganz Europa brauchten und brauchen aber so ein Abkommen, weil sonst das Ende von Schengen droht. Auch die Türkei brauchte das Abkommen,



Lächelnde Spitzenpolitiker in Brüssel am 18. März: Angela Merkel (Deutschland), Ahmet Davutoğlu (Türkei), David Cameron (Britannien) und Mark Rutte (Niederlande).

um angesichts der Syrienkrise und der zerbrochenen Beziehungen zu Russland ihrer diplomatischen Isolation zu entkommen. Also versuchen wir es. Die Realpolitik siegt – ohne Begeisterung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Es war eine richtige Entscheidung, das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei rasch in Kraft zu setzen. Hätte man nach dem Brüsseler Beschluss vom Freitag noch wochenlang gewartet, hätte das wahrscheinlich nur noch einmal zu einem großen Ansturm geführt. Viele Migranten hätten versucht, die vermeintlich letzte Chance zur Einreise nach Griechenland zu nutzen. Seit Sonntag wird nun aber – zumindest ist das die Absicht – dieses Einfallstor in die Europäische Union geschlossen. (...) Das Abkommen mit der Türkei ist weder politisch, rechtlich noch moralisch völlig zufriedenstellend. Es ist aber die bisher beste Handhabe, die Europa gefunden hat, um einen völlig inakzeptablen Zustand an seiner südlichen Außengrenze zu beenden und einem Ziel näher zu kommen, das doch (fast) alle wollen: den Zustrom zu verringern. Das teilen angeblich die vielen politischen Widersacher der Kanzlerin im In- und Ausland. Wem es um die Sache geht, wird abwarten, wie weit Merkels Plan trägt, der die EU-Staaten immerhin wieder etwas zusammengeführt hat.

Frankfurter Rundschau

Erdogan will in der Türkei ein Präsidial-sultanat errichten, er könnte den außenpolitischen Erfolg in der Visa-Politik zu vorgezogenen Neuwahlen und der angestrebten Verfassungsänderung nutzen. Kollateralschaden nennt sich das wohl mit Blick auf Pressefreiheit, Menschenrechte und Erdogans Kurdenpolitik. Ein weiterer Aspekt der Visa-Politik: Die Türkei rückt plötzlich näher an den grenzenlosen Schengenraum. (...) Der Schutz der europäischen Außengrenzen wird damit nicht leichter.

Het Financieele Dagblad, Amsterdam

Es ist zu hoffen, dass der Deal mit der Türkei auch wirkt, denn für die Umsetzung

gibt es noch viele Hindernisse. Zunächst gibt es ein großes logistisches Problem. In Griechenland muss innerhalb von zwei Wochen eine enorme logistische Infrastruktur aus dem Boden gestampft werden, um Migranten aufnehmen, zu befragen und ihr Asylgesuch zu prüfen, bevor sie in die Türkei zurückgeschickt werden können. Es ist fraglich, ob das einem Land gelingt, das nicht gerade für seine effektive Verwaltung bekannt ist. Es ist auch zweifelhaft, ob sich Migranten wirklich durch das neue Abkommen mit der Türkei entmutigen lassen. Am Sonntag kamen wie immer marode Boote aus der Türkei an der griechischen Küste an. Migranten können auch andere Routen nehmen. Die EU sollte sich dessen bewusst sein. Die italienische Küstenwache musste dieses Wochenende wieder hunderte Flüchtlinge retten, die die Überfahrt von Nordafrika nach Europa wagten. Es gibt außerdem Routen über die Ukraine und sogar über Russland. Es könnte sein, dass die EU deshalb wieder mit dubiosen Regimen verhandeln muss.

El País, Madrid

Was wir in Europa jetzt erleben, reimt sich mit einer für Spanier sehr bitteren Vergangenheit. Das Lächeln von Merkel, Cameron und Hollande auf den Bildern aus Brüssel erinnert an das Lächeln des britischen Premierministers Chamberlain und die Krokodilstränen des französischen Sozialisten León Blum. (...) Internationale Gesetze werden verdreht, um die Asylvereinbarung zu umgehen und gleichzeitig so zu tun, als sei dies eine perfekt demokratische Maßnahme im Sinne des Gemeinwohls. (...) 1936 war es der drohende Krieg, der die demokratischen Mächte dazu brachte, die spanischen Demokraten ihrem Schicksal zu überlassen und später eine halbe Million politische Flüchtlinge in umzäunten Strandabschnitten unter freiem Himmel einzusperren. Die Geschichte lehrt uns, dass diese Schmach den Zweiten Weltkrieg nicht verhindert hat – sondern obendrein das Selbstbewusstsein der Achsenmächte gestärkt hat. So scheint der Vertrag mit der Türkei nun wohl mehr Schaden anzurichten, als Nutzen zu stiften.

Financial Times, London

Die EU hat an diesem Tag nicht nur ihre Seele verkauft, sie hat das sogar zu ziem-

lich schlechten Bedingungen getan. (...) Das Abkommen mit der Türkei wird sich auch in der Debatte über das britische Referendum über die EU-Mitgliedschaft auswirken. Werden die Befürworter des Ausstiegs nichts zur visumfreien Einreise für 75 Millionen Türken zu sagen haben? Alle, denen Demokratie und Menschenrechte am Herzen liegen, werden dieses Abkommen hassen. Und das gilt ebenso für alle, die Angst vor deutscher Dominanz in der EU haben, denn es wurde von Angela Merkel initiiert.

The Guardian, London

Es muss gesagt werden – auch weil es in zu vielen Ländern nicht klar genug oder gar nicht gesagt wird: Die Menschen, auf die es in der Flüchtlingskrise vor allem ankommt, sind die Flüchtlinge selbst. Das Abkommen, das am Freitag zwischen der Europäischen Union und der Türkei geschlossen wurde, muss also trotz aller weiteren politischen und sozialen Aspekte vor allem danach beurteilt werden, wie es die Menschen behandelt, die im Zentrum der Tragödie stehen. Vielfach wurden sie mit Bomben aus ihren Heimen gejagt, mit Waffen gezwungen, ihre Familien und Länder zu verlassen, von grausamen und hartherzigen Schleusern ausgebeutet. Sie haben im Schnee und auf hoher See dem Tod ins Auge gesehen. (...) Die Präsenz der Flüchtlinge und ihre schiere Zahl, die wegen Wirtschaftsflüchtlings von jenseits Syriens noch anschwillt, sind eine reale soziale Herausforderung. Sie darf nicht unterschätzt werden. Regierungen müssen zeigen können, dass sie die Dinge im Griff haben, was in der Syrienkrise aber offenkundig nicht der Fall ist. Dieses Abkommen (und die zufällig am selben Freitag gelungene Festnahme des Terrorverdächtigen von Paris) ändert das womöglich. Letztlich steht aber moralisch fest, dass die Welt die Verantwortung dafür trägt, dass diese leidenden Menschen anständig behandelt werden. Das Abkommen hat das Potenzial, dem gerecht zu werden. (...) Die wirkliche Probe besteht aber in der Implementierung. Sie wird Ressourcen erfordern – und alle Unterzeichner müssen bereit sein, ihre Rolle menschenwürdig, kooperativ und den Regeln gemäß zu spielen. Die praktischen Probleme sind riesig. <

Debatte



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen. Wir informieren in unseren Tweets über unsere Beiträge und andere Dinge, die unser Produkt betreffen.



www.twitter.com/forumdc

Startseite Über uns

Twitter durchsuchen

Hashtags (Account) Anmelden

D+C
Development + Cooperation

TWEETS 7.443 FOLGERS 1.679 FOLGERS 4.111 FAVORITEN 184 LISTEN 7

Folgen

Editorial office D+C (@forumdc)
D+C Development and Cooperation is a monthly magazine with a website and the identical German twin E+Z. RTs are not always endorsements.
Frankfurt, Germany
dandc.eu
Beigeleiten Januar 2010

37 Fotos und Videos

Tweets Tweets & Antworten Fotos & Videos

D+C Editorial office D+C (@forumdc) 2 Std.
Global Brainstorming Project: #Art project with & about #refugees from #Syria and #Palestine ow.ly/TJEFm

Neu bei Twitter?
Melde dich jetzt an, um Deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten

Registrieren

Vielleicht gefällt Dir auch:

- ADEG_Group @ADEG_Group
- The Global Fund @GlobalFund
- African Union @AfricanUnion
- Africa Renewal, UN @africanrenewal
- giz @giz_gmh

